

souverän

30 JAHRE
Senioren
Union CDU



30 Jahre Senioren-Union
Würdiger Festakt
in Berlin



Auf einmal erscheint Ihnen alles andere zu riskant.

Die geprüften Jahreswagen von Volkswagen mit Garantie bis zum 5. Fahrzeugjahr¹. Jetzt auf autosuche.de



Volkswagen

¹Die Garantie bis zum 5. Fahrzeugjahr gilt für ausgewählte Jahreswagen als Volkswagen Anschlussgarantie, für bis zu 36 Monate im Anschluss an die 2-jährige Herstellergarantie und – je nach individuellem Fahrzeug – bis zu einer maximalen Gesamtfahrleistung von 100.000 km (Garantiegeber ist jeweils die Volkswagen AG, Berliner Ring 2, 38440 Wolfsburg). Gültig nur für Jahreswagen aus dem Bestand der Volkswagen AG. Weitere Voraussetzungen bzw. Beschränkungen der Garantie, insbesondere den Beginn der Garantiefahrtzeit, entnehmen Sie bitte den Garantiebedingungen unter www.volkswagen.de oder erfragen Sie bei Ihrem teilnehmenden Volkswagen Partner.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cd�.de
www.senioren-union.de

Verlag:
Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt:
Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:
70000 Exemplare über
personalisierten Posteinzel-
vertrieb an Senioren-Union-
Mitglieder und an CDU-
Funktions- und -Mandatsträger

Leserzuschriften an:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:
Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:
Chefredakteur: Andreas Oberholz
(V.i.S.d.P.)
Eschenstraße 17
83233 Bernau/Chiemsee
Telefon 08051-6401437
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:
Annegret Kramp-Karrenbauer,
Carsten Linnemann, Jens Spahn,
Susanne R. Wellmann, Ulrich Winz,
Marianne Wollenweber,
Prof. Dr. Otto Wulff,

Bildnachweis:
Martin Becker, Christian Bode,
CDU, MIT, fotolia, 123rf, polver,
unikonstanz, Jan Peter Luther,
Walter Mücksch

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers wieder.



4 Solidarität der Generationen
Die Rede des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, anlässlich des Festakts zum 30-jährigen Bestehen der Vereinigung.

8 Wenn es die Senioren-Union nicht gäbe, müsste man sie erfinden!
Bericht vom Festakt zum 30-jährigen Bestehen der Senioren-Union am 20. April 2018 im Berliner Konrad-Adenauer-Haus.

12 Die großen Herausforderungen liegen noch vor uns
Was ist dem Staat und unserer Gesellschaft die Lebensleistung von Menschen in der Alterssicherung wert? Ein Beitrag von CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer.

16 Rentenkommission muss auch heiße Eisen anpacken!
Anmerkungen zur Rentenpolitik der Zukunft von Carsten Linnemann, dem Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) und stellv. Bundesvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

20 Länder im Rentencheck: Wie machen es andere?
Ein Blick über den Zaun nach Schweden, Norwegen, Finnland und den USA.

22 Demokratie in postdemokratischen Zeiten
Die Staatsform der Demokratie zeigt in vielen Ländern krisenhafte Erscheinungen? Muss sie sich neu erfinden? Ein Beitrag von Prof. Dr. Sven Jochem, Uni Konstanz.

26 Bedenkliche Schief lagen
Gewalt gegen Lehrer und Mitschüler ist eine zentrale Baustelle einer bedenklichen gesellschaftlichen Entwicklung. Was ist los an Deutschlands Schulen?

28 Der EU-Jordan Compact im Praxistest
Internationale Krisen gebären Flüchtlingsströme, die Politik sucht Antworten unter dem Motto „Fluchtursachenbekämpfung“. Doch wie kann diese konkret aussehen? Ein Blick nach Jordanien ...

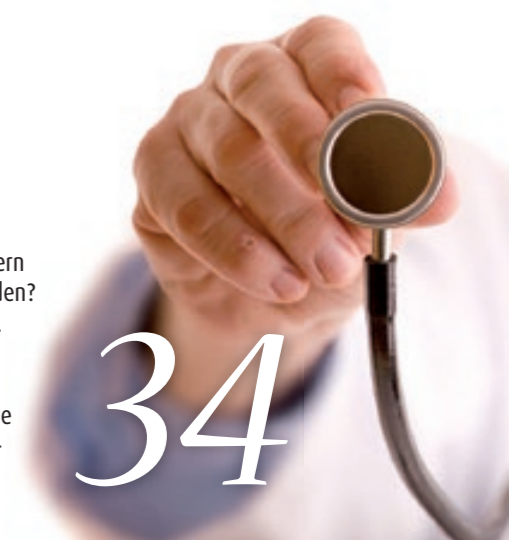
30 Für eine bessere Pflege
Der neue Bundesgesundheitsminister, Jens Spahn, zu den notwendigen Weichenstellungen beim Thema Pflege in dieser Legislaturperiode.

34 Ist mein Arzt bald ein Computer-Bildschirm?
Dr. Daniel Overheu, ärztlicher Leiter der Telemedizin am Klinikum Oldenburg, berichtet im Souverän-Interview über Möglichkeiten und Perspektiven der Telemedizin.



20

34



- 36 Aus der Senioren-Union
- 38 Nachrichten aus der Europäischen Senioren-Union (ESU)
- 39 Rechtsfragen für Senioren und Seniorinnen (neue Serie)

Die Rede des Bundesvorsitzen-
den der Senioren-Union der CDU,
Prof. Dr. Otto Wulff, anlässlich
der Festveranstaltung 30 Jahre
Senioren-Union am 20. April
2018 in Berlin

Auf den Tag genau vor 30 Jahren sagte der damalige Bundeskanzler und CDU-Parteivorsitzende Helmut Kohl anlässlich der Gründung der Senioren-Union im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn: „Heute ist ein wichtiger Tag, er stärkt und bereichert die CDU. Er setzt aber gleichzeitig ein Zeichen weit über die Grenzen unserer Partei hinaus. Dieses Zeichen gilt allen älteren Mitbürgern, und es spiegelt ihr verändertes Bewusstsein ebenso wider wie die beständig gewachsene und weiter wachsende Bedeutung der älteren Generation in unserer Gesellschaft. Es dokumentiert den Anspruch und das selbstverständliche Recht der älteren Generation, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Ältere Menschen wollen heute eingebunden sein, sie wollen mitwirken und mitgestalten und dafür die Anerkennung finden, die sie verdienen.“

Mit der Gründung der Senioren-Union hat die CDU diesem tiefgreifenden Wandel Rechnung getragen. Wir können zu Recht stolz darauf sein, als erste Partei eine eigene Vereinigung für die ältere Generation gegründet zu haben. Lassen Sie mich dabei dankbar an die erfolgreiche Arbeit des Gründungsvorsitzenden Gerhard Braun und die des langjährigen Vorsitzenden Dr. Bernhard Worms erinnern, die beide der Senioren-Union große Anerkennung und Einfluss verschafften. Die Senioren-Union ist Ausdruck eines neuerwachten Selbstbewusstseins älterer Menschen. Sie zeigt auch beispielhaft die Fähigkeit der CDU, auf gesellschaftliche Entwicklungen neue und schöpferische Antworten zu geben. Die Senioren-Union muss aber auch immer mehr sein als nur eine Interessenvertretung, wie ebenso die CDU mehr sein muss als die Summe ihrer Teile. Natürlich treten alle Vereinigungen engagiert für die eigene Gruppe ein, die sie vertreten, und die Senioren-Union macht dabei keine Ausnahme. Sollte eine Vereinigung jedoch ihre Arbeit nur auf eigene Ziele beschränken, so würde sich die Politik der CDU als ein



30 Jahre Senioren-Union

Solidarität DER GENERATIONEN

beständiges Gegeneinander verschiedener Gruppeninteressen darstellen, der Zerfall der Union wäre auf die Dauer nicht aufzuhalten.

Konrad Adenauer hat immer wieder gemahnt, die CDU müsse eine Volkspartei sein und keine Sammelpartei. Gerade deshalb erfüllen die Vereinigungen der CDU auch eine doppelte Funktion, indem sie nicht nur die Ansichten einer bestimmten Gruppe in die CDU tragen, sondern umgekehrt in dieser Gruppe auch für die Überzeugungen ihrer Partei werben. Auf diese Weise dienen sie alle einer Idee, unter der sich die Union vereint hat. Es ist die Idee einer Politik, die vom christlichen Verständnis des Menschen, vom Primat der Freiheit und der persönlichen Verantwortung geprägt ist.

Unsere Gesellschaft ist in den drei vergangenen Jahrzehnten nach Gründung der Senioren-Union mit atemberaubender Geschwindigkeit grundlegend umgekrempelt worden. Wir haben Zeiten eines rapiden Wandels erlebt und befinden uns noch mitten darin, und zwar nicht nur in Bezug auf die globalen Ereignisse und die fundamentalistischen Auswüchse von Glaubenskämpfen,

sondern vor allem auch mit Blick auf die grundlegenden Werte und Normen, die unter uns gelten oder doch gelten sollten. Wir können nicht bestreiten, dass die neue Zeit den so notwendigen Zusammenhalt der Generationen ganz wesentlich aus unseren Überlegungen und Vorstellungen verdrängt hat. Die technische Entwicklung hat einen großen Teil unserer Gesellschaft dazu verleitet und die Illusion genährt, man könne einem Naturgesetz gleich nur stets weiter nach oben steigen und nichts stünde diesem Weg entgegen. Das haben viele versprochen, und viele, auch wir, haben vieles geglaubt. Wenn Alter freilich mit Lebenserfahrung zu tun hat, und das hat es, dann kommt den älteren Menschen ein erhöhtes Maß an Verantwortung zu, um Maßstäbe zu setzen. Die ältere Generation findet dabei eigene Solidarität und spürt eigene Stärke, insbesondere vor dem Hintergrund eines immer noch rapide ansteigenden Wählerpotenzials der Älteren. Das bedeutet Macht für sie, das ist nicht zu leugnen. Doch Macht wozu?

Mit der durch die demografische Entwicklung gewachsenen Bedeutung der älteren

Generation und dem damit verbundenen Selbstvertrauen haben die Seniorinnen und Senioren den Willen bekundet, sich stärker als bisher politisches Gehör zu verschaffen, und zwar im Sinne der Neuentdeckung und Neubekräftigung eines generationenübergreifenden Verantwortungszusammenhangs. Die Senioren sind aus der Beobachterposition herausgetreten und haben sich engagiert. Sie wissen, dass mehr ältere Menschen in der Politik gebraucht werden, aber nicht nur, um die Alten zu vertreten, sondern um ihr Wissen und ihre Erfahrungen auf allen Gebieten einzubringen. Sie wollen weder eine Altenpolitik, noch wollen sie eine Altenrepublik. Sie wollen vielmehr als gleichberechtigte Partner mit den Jungen gemeinsam Politik gestalten, und sie wollen nicht als „betreute“ Generation abgeschoben werden. Sie wollen einfach teilhaben an der politischen Macht und wollen mitbestimmen. Ich wiederhole: Politik allein für die Alten ist ihre Sache nicht! So definierte sich auch die Senioren-Union bei ihrer Gründung in der öffentlich beschworenen Brückenfunktion mit den Jüngeren. In ihr wird die Verbundenheit der Generationen als Grundvoraussetzung einer starken Gesellschaft deutlich, die für



Fragen der ethischen und geistigen Standortbestimmung gemeinsam ihre Sensibilität bewahren muss. Unter Berufung auf diese Wurzeln reicht es deshalb nicht aus, nur für die besonderen Anliegen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger einzutreten. Das wäre reine Interessenvertretung, die zwar in unserer Gesellschaft legitim ist, weil jeder sich behaupten muss und dafür gemeinsam getragene Interessenvertretungen nötig hat. Aber mit Werteorientierung hat das nichts zu tun. Werteorientierung richtet sich streng genommen auch gegen eigene Partikularinteressen.

Alle Vereinigungen der CDU, mithin auch die Senioren-Union, müssen sich deshalb präziser als bisher der zentralen Frage stellen, wie sie in Zukunft ihr Verhältnis zu einer starken solidarischen Gesellschaft gestalten wollen. Die Senioren-Union kann dieser Frage umso weniger ausweichen, als gerade sie das menschliche Bedürfnis nach Solidarität der Generationen in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt hat. Gegenseitige Überforderung wäre der Solidarität abträglich.

Vorrangig mehr als alle anderen Vereinigungen der CDU muss sie auf die historischen Wurzeln der Partei hinweisen, die der Union weiter die Kraft und den Einfluss geben, die sie zu einer, vielleicht sogar zur erfolgreichsten Volkspartei der europäischen Nachkriegsgeschichte gemacht hat. Und diese Aufgabe liegt nun einmal in besonderer Weise bei den älteren Parteifreunden, die bekanntlich am ehesten Tradition vermitteln können. Natürlich, das bestreitet doch niemand, ändern sich auch Parteien in ihren politischen Programmen und müssen es tun. Wenn sich die Zeiten ändern, ändern sich mit ihnen ebenso die Menschen. Dieser Wirklichkeit kann und wird sich auch die Union nicht widersetzen. Doch wie weit kann und darf sie dabei gehen, wenn die Parteien, wie viele andere Verbände und Vereine, seit

Jahren mit wenigen Ausnahmen Mitglieder verlieren? Die Bindungskraft traditioneller Organisationen schwindet, noch mehr die Bereitschaft, sich persönlich zu engagieren. Es wird wohl mit einer Wende in diesem Trend gerechnet werden können, wenn neuer Gemeinsinn in der Bevölkerung aufkommt, der Solidarität als besondere und einzig haltbare Sicherheit für die Gesellschaft begreift, die neues Vertrauen schafft. Solidarität ist allerdings nicht erst damit zu einem Begriff geworden, der die zentrale Klammer zwischen den Generationen in der CDU bildete, übrigens nicht nur in dieser Partei. Als in Deutschland Freiheit und Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie abhandengekommen waren, wie es jene Generation erfahren hat, die die Nazizeit erlebte und überlebte und die beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland ihre Vorstellungen eines christlichen Menschen- und Gesellschaftsbildes durchsetzte, der weiß, was Solidarität in einer Demokratie bedeutet. Nach den Exzessen der Naziherrschaft ließ sie mit der ausdrücklichen Berufung auf Gott und die elementaren Menschenrechte keinen Zweifel mehr daran aufkommen, wie stark die neue Verfassung vom Geist christlicher Werte und Verantwortung bestimmt war und diese fortan und unwiderruflich die Politik unseres Landes beflügeln sollten.

Lassen Sie mich an einem einfachen Beispiel zeigen, welche Menschen es waren, die nach dem Krieg jene neue Solidarität begründeten und die, wie viele andere auch, sich daran machten, ein moralisch und wirtschaftlich bis auf den untersten Boden zerstörtes Land wieder aufzubauen und den Menschen neue Hoffnung zu geben und Mut zu machen. So versammelten sich am 14. November 1945 in der Küche meines Elternhauses in einem handwerklich und kleinbäuerlich strukturierten westfälischen Dorf 9 Männer, die vor Ort die CDU gründeten. Es waren



ein Versicherungsvertreter, ein Friseur, ein Schuster- und ein Schreinermeister, ein Kaufmann, ein Schlosser, ein Maurer und zwei Bauern. Eine Frau gehörte nicht zu den Gründungsmitgliedern. Deren Mitarbeit beschränkte sich damals als Hausfrau auf die Zubereitung einer kräftigen Erbsensuppe, die sie den Männern anlässlich der Gründung der Christlich-Demokratischen Union zur weiteren Aufmunterung servierte und die seinerzeit einem üppigen Festmahl entsprach. Als schließlich die Gründungsurkunde von allen Teilnehmern unterzeichnet werden konnte und die Ergebnisse der demokratischen Wahl auf dem Papier nachzulesen waren, erhoben sich alle feierlich von ihren Plätzen und tranken einen westfälischen Korn auf den zukünftigen Erfolg der CDU. Natürlich war der Korn nicht legal gebrannt, doch einen anderen gab es nicht. Aber dem bahnbrechenden Erfolg der Union hat die vermeintliche Illegalität des klaren Wässers bekanntlich keinen Abbruch getan.

Den Männern der Gründungsversammlung war eines gemeinsam: Sie alle waren ohne Ausnahme Gegner des Nationalsozialismus gewesen. Bei einem von ihnen, meinem Vater, habe ich nie den Augenblick vergessen, als er Ende Mai 1943 nach einem Verhör im Gestapo-Gefängnis in Hagen-Haspe in die Familie zurückkehrte. Niemand fragte ihn nach seinem Befinden. Das brauchten wir auch nicht, seinen Zustand sahen wir mit eigenen Augen. Noch heute bin ich stolz darauf, dass er seinerzeit auch zu den überzeugten Gründern der Union gehörte, die die Grundwerte der Freiheit, der Solidarität und der Rechtsstaatlichkeit wieder zu unverrückbaren Grundpfeilern einer neuen Politik machten. Natürlich waren diese Wertvorstellungen nicht allein das Monopol der neugegründeten demokratischen Partei, der CDU. Doch entscheidend war, dass sie nach dem Nationalsozialismus ihr Programm

wieder klar und unzweideutig formulierte und inhaltlich konkretisierte. Das war nicht leicht, und es ist auch bis heute nicht leicht geblieben. Für die CDU, und für diese Partei kann ich als Mitglied sprechen, hat ihr Name eine besondere Bedeutung. Nehmen wir das „C“ erst, dann müssen wir uns zu einer Verantwortung für unser Land bekennen, die die 10 Gebote in unserer Politik nicht außen vor lassen darf. Dann dürfen wir nicht alle Verhältnisse als unabänderlich hinnehmen. Im Gegenteil, wir müssen wissen, dass es sich lohnt, und zwar ohne jeden Abstrich, sich für Freiheit, die Freiheit des Glaubens und die Menschenwürde, wohlgerne eines jeden Menschen, einzusetzen. Sie sind und bleiben der Maßstab für den verantwortlich handelnden Politiker. Schaut man sehr genau hin, so standen am Anfang der Christlich-Demokratischen Union in der Regel ältere Frauen und Männer, die die ethischen und moralischen Positionen für ihre neue Partei verbindlich festschrieben. Die Jüngeren konnten es nicht, weil sie, wie die Mitglieder der „Weißen Rose“, unter dem Fallbeil einer verbrecherischen Nazijustiz ihr junges Leben verloren, oder sie waren gefallen, vermisst, in Gefangenschaft oder sonst unter Leid und Qualen zu Tode gekommen. Unbestritten bleibt aber, dass es in der CDU die Älteren waren, die mit Mut und Zuversicht Hand anlegten und die Politik im Geist des Vermächtnisses der Männer und Frauen umsetzten, die unter dem Blutgericht Freislers ihr Leben ließen.

Die Gründungsmitglieder der Union waren in der Regel jene ältere Bürgerinnen und Bürger, die die Gedanken des deutschen Widerstands gegen Hitler und den Nationalsozialismus in die neue Politik einfließen ließen. Sie gehörten einer Generation an, die man damals schon ohne Zweifel als Teil der Senioren-Union der CDU empfunden hätte. Insoweit ist die Senioren-Union von

heute in der Tradition der CDU auch ein Spiegelbild ihrer Gründergeneration aus den Jahren 1945/1946, die aus christlicher Verantwortung im Widerstand gegen den Terror der Nazis für die unauf löbliche Gültigkeit der Menschenrechte ihr Leben aufs Spiel gesetzt hat. Die Senioren-Union wird deshalb allein durch diese Tradition immer eine Mahnerin und Sachwalterin für Freiheit und Menschenwürde bleiben, nicht zuletzt, weil ihr vor 30 Jahren auch viele Mitglieder der Gründergeneration der CDU aus Überzeugung beigetreten sind.

Bei allen verständlichen Forderungen für die Anliegen der Älteren im großen Rahmen der Politik der CDU, für die es noch besser wäre, wenn zukünftig anstelle einer Politik mit Senioren mehr Politik von Senioren gemacht würde, geht es ihr zunächst um den unaufkündbaren Zusammenhalt der westlichen Demokratie- und Wertegemeinschaft. Deutsche Politik in dieser Gemeinschaft geht von dem verbindlichen Grundsatz aus, dass Versöhnung Versöhnung schafft. Versöhnung ist nach den Erfahrungen der Naziherrschaft eine der wesentlichen Gewissheiten geblieben, die Frieden und gute Nachbarschaft garantiert. Wenn heute erstmals ein Rabbiner anlässlich eines festlichen Jubiläums einer politischen Vereinigung der Älteren in der CDU eine Rede hält, so zeigt diese Tatsache allein, was Versöhnung bewirken kann. Dass uns Menschen jüdischen Glaubens und die Bürgerinnen und Bürger Israels die Hand zur Versöhnung gereicht haben, wird für uns Deutsche unvergesslich bleiben und von großem Dank getragen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass kein Volk auf der Welt mehr vom jüdischen Geist profitiert hat als das deutsche. Und niemand kann bestreiten, dass Israel zu den begabtesten Völkern der Welt gehört. Allein diese beiden Hinweise genügen schon, jeden Antisemiten bis ins Mark zu beschämen.



30 JAHRE
Senioren
Union CDU

die Politik der Versöhnung in unserer Vereinigung bekommen hat.

Und schließlich, meine Damen und Herren, gerade die Älteren in unserer Gesellschaft fühlen sich wie keine andere Altersgruppe aus tiefstem Herzen berufen, der europäischen Einheit jede Unterstützung zu erteilen. Wenn heute ein großer Europäer wie unser Freund, der frühere österreichische Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, über die Unverzichtbarkeit der europäischen Einheit spricht, so zeigt das allein, wie eng wir unsere politischen Beziehungen unter uns über

Wenn wir in der Senioren-Union in der Vergangenheit die Versöhnungspolitik insbesondere neben Frankreich auch mit Russland und Polen und eben mit Israel, in den Vordergrund unserer politischen Aktionen gestellt haben, so soll damit auch hervorgehoben werden, welche Bedeutung

alle unterschiedlichen Staatsbürgerschaften hinaus geknüpft haben und wir es auch in Zukunft so und nicht anders halten werden.

Heute feiern wir 30 Jahre Senioren-Union mit der Zusicherung, dass sie als Vereinigung der Älteren in der CDU ihrer Sache treu bleibt, vor allem aber den Geist ihrer Gründungsmitglieder für die Union als prägende Kraft bewahrt. Ihr Vermächtnis behält seine Gültigkeit. Die Senioren-Union als Teil der „Generation der Erinnerung“ weiß um ihre daraus erwachsene Verpflichtung.

Den Bericht zum Festakt lesen Sie auf den Seiten 8-11.

FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
MACHT KRANKENPFLEGERIN
LUNA DIE NACHT ZUM TAG.
WIR SAGEN DANKE.



Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/luna

IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER



Lobte die SU als großes Glück für die CDU: Annegret Kramp-Karrenbauer, neue Generalsekretärin der Partei.



Zukunft braucht Erfahrung, hier steht sie (v.l.): Rabbiner Dr. Tovia Ben-Chorin, Österreichs Ex-Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, Berlins ehemaliger Regierungschef Eberhard Diepgen und Claus Bernhold, stellv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union.

Festakt 30 Jahre Senioren-Union

„WENN ES DIE SENIOREN-UNION NICHT GÄBE, MÜSSTE MAN SIE ERFINDEN!“

30 Jahre Senioren-Union der CDU – das war nicht nur ein Grund zum Feiern, sondern auch Gelegenheit für Bilanz, Ausblick und politische Forderungen in einer älter werdenden Gesellschaft. Vor 300 Gästen im Konrad-Adenauer-Haus geriet das würdig in Szene gesetzte Jubiläum auch zur Standortbeschreibung über den Status quo und die Ziele der Senioren-Vereinigung.

„Unsere Gesellschaft ist in den drei vergangenen Jahrzehnten nach Gründung der Senioren-Union mit atemberaubender Geschwindigkeit grundlegend umgekrempelt worden. Wir haben Zeiten eines rapiden Wandels erlebt und befinden uns noch mitten darin, und zwar nicht nur in Bezug auf die globalen Ereignisse und die fundamentalistischen Auswüchse von Glaubenskämpfen, sondern vor allem auch mit Blick auf die grundlegenden Werte und Normen, die unter uns gelten oder doch gelten sollten“, so beschrieb Prof. Dr. Otto Wulff, Bundesvorsitzender der Senioren-Union, in seiner Eröffnungsrede die aktuelle politische und gesellschaftliche Situation (Anm. der Red.: Die Rede finden Sie in vollem Wortlaut auf den Seiten 4-7 dieser Ausgabe). Vor diesem Hintergrund warb der langjährige Chef der Senioren-Union auf den Tag genau 30 Jahre nach deren Gründungsversammlung in Bonn für einen generationenübergreifenden Zusammenhalt, bei dem die Älteren als gleichberechtigte Partner mit den Jungen gemeinsam Politik gestalten. „Sie wollen weder eine Altenpolitik, noch

wollen sie eine Altenrepublik“, sagte der Senioren-Vorsitzende. Die Senioren wollten aber auch nicht als betreute Generation abgeschoben werden, sondern teilhaben an der politischen Macht und wie die Jüngeren mitbestimmen. „Schließlich ist ohne die Alten keine Wahl zu gewinnen“, führte Wulff einen leichten Seitenhieb auch auf die eigene Partei. In seinem nachdenklichen Beitrag appellierte Wulff an die Vereinigungen der CDU, die reine Interessenvertretung der gemeinsamen Idee einer Politik unterzuordnen, die vom christlichen Verständnis des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie vom Primat der Freiheit und Eigenverantwortung des Menschen geprägt sei. „Die CDU muss mehr sein als die Summe ihrer Teile“, sagte Wulff. Die neue Generalsekretärin der CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer, erinnerte daran, dass die Gründung der Senioren-Union vor drei Jahrzehnten in der Partei nicht unumstritten war. Aber der damalige Bundeskanzler Helmut



Internationale Mischung: SU-Bundesschatzmeister Heinz Soth (M.), flankiert von Marguerite Rabassi von der französischen Botschaft und Oberstleutnant Andrej Alymov von der russischen Botschaft. In der Reihe vor Soth: Dr. Hans-Gert Pöttering, Ex-KAS-Vorsitzender, Ungarns ehemaliger Botschafter Dr. Istvan Horvath sowie die stellv. SU-Bundesvorsitzende Christa Thoben. Hinter Soth: Heidi Exner und Helga Hammer, beide stellv. SU Bundesvorsitzende.





Meinungsaustausch am Rande: Junge Union-Vorsitzender Paul Ziemiak, SU-Pressebeauftragter Claus Bernhold und Hans Weber, ehemaliges SU-Bundesvorstandsmitglied.



Der Rabbiner der jüdischen Gemeinde in St. Gallen, Dr. Tovia Ben-Chorin, betrieb eine heiter-nachdenkliche Textquellenanalyse zum Thema Altern im Alten Testament.



Wolfgang Schüssel, Ex-Kanzler der Republik Österreich, hielt ein engagiertes Plädoyer für die Weiterentwicklung Europas.



Sichtlich gerührt nahm der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, Blumen und Ehrenmedaille aus der Hand von Annegret Kramp-Karrenbauer entgegen.



Feierlicher Abschluss: Die Nationalhymne, intoniert von Rolf Berend, SU-Landesvorsitzender in Thüringen

Kohl, so Kramp-Karrenbauer habe den richtigen Instinkt bewiesen, dass es für eine Volkspartei immens wichtig sei, „ein eigenes Sensorium für ältere Bürger und Wählerschichten im Partegefüge zu schaffen“. Heute, so wertete sie, sei es „ein großes Glück“ für die CDU, eine Vereinigung wie die Senioren-Union in ihren Reihen zu haben, die nicht nur auf Grundsätzen beharre, sondern auch zu Pragmatismus in der Lage sei. „Wenn es die Senioren-Union nicht gäbe, müsste man sie erfinden!“, so die Generalsekretärin abschließend.

Bühne. Die Gründe, so Schüssel: Europa sei militärisch abhängig von den USA, bei der Energieversorgung von Russland und in Sachen Digitalisierung von den USA und Asien. In der Folge entwarf er eine Vision von einem Europa, das Frieden zum Exportartikel mache, den Nationalismus überwinde und den Wohlstand seiner Bürger sichere.

Dabei betonte Schüssel die besondere Rolle der Seniorinnen und Senioren beim Eintreten für ein gemeinsames Europa. „Europa ist Auftrag und Schicksal zugleich“, stellte der Ex-Kanzler der Alpenrepublik fest und sprach sich dafür aus, das Bewusstsein für Europa zu stärken und Europa stärker auf eigene Füße zu stellen. Europa ist auch das Herzentema des SU-Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff. Muckmäuschenstill war es schon bei seiner Rede geworden, als er mit Stolz und Respekt an seinen Vater erinnerte, der nach seiner Gestapo-Haft in der heimischen Küche im Sauerland bei Erbsensuppe und selbstgebranntem Schnaps einen CDU-Ortsverein gründete. Die Gründungsmitglieder der Union seien in der Regel ältere Bürger gewesen, die im Widerstand gegen den Terror der Nazis die Menschenrechte Ihr Leben aufs Spiel gesetzt hätten. „Die Senioren-Union wird deshalb allein durch diese Tradition immer auch eine Mahnerin und Sachwalterin für Freiheit und Menschenwürde sein“, sagte Wulff. Als „Generation der Erinnerung“ bleibe ihr vor allen anderen die Aufgabe vorbehalten, die Tradition der christlichen Volkspartei zu bewahren. Und deshalb fühlten sich die Senioren wie keine andere Altersgruppe berufen, die europäische Einheit zu unterstützen.

Der Rabbiner der jüdischen Gemeinde in St. Gallen, Dr. Tovia Ben-Chorin, erinnerte in einer launigen („Ich habe keine Uhr, sondern einen Kalender“) und mitunter spitzbübischen biblischen Textquellen-Analyse daran, dass das Alter schon im Alten Testament für Erfahrung stand. „Eine Gesellschaft, die ihre Alten nicht ehrt, wird auseinanderbrechen“, warnte deshalb Dr. Ben-Chorin und mahnte eindrücklich: „Wir müssen uns entscheiden, welche Geschichte wir der nächsten Generation hinterlassen wollen.“ Den schweren Bogen vom Alten Testament zur mühsamen Gegenwart und somit der Ausgestaltung der aktuellen Historie durch die derzeit an den Hebeln der Macht sitzende Generation bewältigte der frühere Bundeskanzler der Republik Österreich, Dr. Wolfgang Schüssel, auf eindrucksvolle Weise. Er erinnerte zunächst an „einige good news“ (gute Nachrichten) über Europa, die man so nicht in der Zeitung lese. Beispielsweise, dass alle Mitgliedsstaaten der Eurozone erstmals seit 1999 die Stabilitätskriterien erfüllen. Oder dass zum ersten Mal seit der Finanzkrise von 2008 wieder alle EU-Mitgliedsstaaten im Bruttoinlandsprodukt zulegen, was unter dem Strich zehn Millionen neue Jobs in Europa bringe. Europa sei immer noch eine starke Wirtschaftszone und beherberge Weltmarktführer in vielen Bereichen. Im Gegensatz dazu stehe ein unverhältnismäßig geringer Einfluss auf der weltpolitischen

Für den stimmungsvollen musikalischen Rahmen dieser würdigen Feier sorgten Studierende der Berliner Musikhochschulen, die die 300 Gäste ebenso zu begeistern wussten wie das sonnige Frühsommerwetter, das sicherlich eigens für den Jubilar – die Senioren-Union – über Berlin bezogen hatte.



Leonhard Kuckart, stell. SU-Bundesvorsitzender, unterbrach den Programmablauf für die Auszeichnung von Prof. Dr. Otto Wulff mit der Goldenen Konrad-Adenauer-Medaille.

Erste Goldene Konrad-Adenauer-Medaille an Prof. Dr. Otto Wulff



Damit hatte der Jubilar nicht gerechnet: Sichtlich überrascht wie gerührt nahm Prof. Dr. Otto Wulff die erste Goldene Konrad-Adenauer-Medaille entgegen. Als die neue CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer den 85-jährigen Bundesvorsitzenden der Senioren-Union zur Laudatio auf die Bühne bat, vergaß Wulff für einen Moment seine gerade überstandene Knieoperation und stürmte ohne Stöcke forsch ans Rednerpult im Konrad-Adenauer-Haus. Mit der bislang einzigen von der Senioren-Union verliehenen Goldmedaille würdigte Kramp-Karrenbauer das unermüdliche, ehrenamtliche Engagement in 16 Jahren Bundesvorsitz der zweitgrößten Vereinigung der CDU. „Die Senioren-Union fühlt sich dem großen Ganzen verpflichtet und hat auch die Bedarfe der Enkelinnen und Enkel im Auge“, lobte Kramp-Karrenbauer das Wirken der Vereinigung unter Führung Wulffs. Seit 2004 vergibt die Senioren-Union für langjährige, uneigennützig Verdienste im Ehrenamt die silberne Konrad-Adenauer-Medaille. Die erste Medaille in Gold würdige die herausragenden Verdienste von Otto Wulff und werde wohl auf lange Sicht einmalig bleiben, erklärte anschließend der stellvertretende Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Leonhard Kuckart. Otto Wulff wirke im Interesse des Zusammenhalts der Generationen. Mit stehendem Applaus feierten die Ehrengäste den Jubilar, dem die breite Anerkennung für den aufopfernden Einsatz unter die Haut ging.



Begehrter Gesprächspartner: Bundesvorsitzender Prof. Dr. Otto Wulff mit den Bundestagsabgeordneten Stephan Albani (oben) und Astrid Grotelüschen (unten)



Dr. Bernhard Worms, von 1990 bis 2002 engagierter Bundesvorsitzender der Senioren-Union, hat auch entscheidenden Anteil am Aufbau dieser Vereinigung in der CDU.



Sie sorgten für einen würdigen und musikalisch hochklassigen Rahmen: Jungstudierende der Berliner Musikhochschulen HfM (Hochschule für Musik Hanns Eisler) und UdK (Universität der Künste).

DI E GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN LIEGEN NOCH *VOR UNS*



Ein Beitrag der Generalsekretärin
der CDU Deutschlands,
Annegret Kramp-Karrenbauer

Als Bundeskanzler Konrad Adenauer im Jahr 1957 die Umstellung der gesetzlichen Rente auf das Umlagesystem durchsetzte, konterte er laut Zeitzegen die Einwände seines Wirtschaftsministers Ludwig Erhard mit der Bemerkung: „Kinder kriegen die Leute immer.“ Heute wissen wir, dass der ansonsten weitsichtige und kluge Kanzler in diesem Punkt nicht ganz richtig lag. Zwar stimmt es, dass die Leute immer Kinder bekommen, aber es sind seit einigen Jahrzehnten eben deutlich weniger. Wurden Anfang der 60-er Jahre in Deutschland noch mehr als 1,3 Millionen Kinder pro Jahr geboren, so waren es im Jahr 2016 nur noch 792131 Kinder. Einen kleinen Lichtblick gibt es allerdings: 2016 ist die Zahl der geborenen Kinder das fünfte Jahr in Folge gestiegen und hat inzwischen wieder das Niveau von 1996 erreicht.

Die Aufgabe bleibt jedoch bestehen: Der jahrzehntelange Geburtenrückgang hat die Relation zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern in einer Weise verändert, die die Finanzierung der gesetzlichen Rente durch das Umlageverfahren vor eine große Herausforderung stellt. Im Jahr 2030 stehen voraussichtlich jedem Rentner nur noch zwei Personen im erwerbsfähigen Alter gegenüber. Hinzu kommen immer mehr gebrochene Erwerbsbiografien – etwa mit Zeiten der Arbeitslosigkeit oder der Teilzeitbeschäftigung – und ein seit Adenauers Zeiten stark verändertes Heirats- und Scheidungsverhalten.

Wenn wir wollen, dass die Menschen, die ihr Leben lang – sei es im Erwerbsleben oder in der Familie – viel geleistet haben, im Alter nicht auf die Grundsicherung des Staates angewiesen sind, so müssen wir an mehreren Stellen ansetzen. Wir müssen uns die Frage stellen: Was ist dem Staat und unserer Gesellschaft die Lebensleistung von Menschen in der Alterssicherung wert?

Die Alterssicherung in Deutschland weiterdenken

Die drei Säulen aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge haben sich in der Vergangenheit in Deutschland bewährt. Allerdings steht dieses Drei-Säulen-Modell heute vor neuen Herausforderungen. Der Anteil der privaten und betrieblichen Vorsorge nimmt an Bedeutung zu, Erwerbsbiografien unterliegen einem starken Wandel, und es gilt – zum Glück – für ein längeres und aktiveres Alter vorzusorgen. Die wichtigste Hausaufgabe der Politik lautet dabei, nicht jedes Jahrzehnt eine neue „Jahrhundertreform“ auszurufen. Vielmehr sollte sie anerkennen, dass eine auskömmliche Altersvorsorge nicht eine Frage schnelllebiger politischer Koalitionen, sondern ein Kernelement langfristiger Lebensplanung für jeden Einzelnen ist.

Dabei trägt der Staat die Verantwortung für die Rahmenbedingungen, in denen die Alterssicherung in Deutschland auch in Zukunft in eine ebenso verlässliche Rentenzahlung mündet wie in der Vergangenheit. Im Rahmen

unseres Grundsatzprogrammprozesses werden wir auch über die Rente und den Ruhestand neu nachdenken. Wir brauchen eine Offenheit für neue Ideen und Ansätze in der Alterssicherung. Wir befinden uns aktuell in einer demografischen Pause. Die sogenannten Babyboomer sind in großer Zahl am Arbeitsmarkt. Eine große Herausforderung kommt auf das Rentensystem zu, wenn diese Gruppe ab 2025 in Rente geht. Sie fallen als Beitragszahler weg und werden gleichzeitig zu Rentenbeziehern.

Ziel bleibt: Wir müssen das in Teilen verlorengegangene Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen. Der Kernsatz „Die Renten sind sicher“ muss auch Geltung haben. Und es muss die Gewissheit geben, dass der Grundsatz „Leistung muss sich lohnen“ auch weiterhin bei der Rente zutrifft.

Der Übergang in die Rente

Wir leben glücklicherweise länger und wir leben auch länger gesund. Im Jahr 1960 lag in Westdeutschland die durchschnittliche Rentenbezugsdauer bei 9,9 Jahren. Heute beträgt in Deutschland insgesamt die durchschnittliche Rentenbezugsdauer ca. 17,2 Jahre. Steigende Lebenserwartung und wachsende Fitness im Alter eröffnen den Menschen neue Spielräume für ein erfülltes Leben nach der Erwerbsarbeit. Tatsache ist aber auch: Viele Menschen arbeiten in Jobs mit höchsten körperlichen und psychischen Ansprüchen. Wer dies über vier oder mehr Jahrzehnte tut, hat das Recht auf einen angemessenen Ruhestand. Oftmals ist dieser auch aus

gesundheitlichen Gründen dringend geboten. Wir werden daher über die Fragen des „Wann“ und „Wie“ beim Übergang von der Erwerbs- in die Rentenphase weiter intensiv diskutieren. Dabei müssen wir den Wunsch von immer mehr Menschen nach einem individuelleren und flexibleren Übergang berücksichtigen. Die Flexi-Rente war dabei schon ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Auskömmliche Renten sichern

Altersarmut kann künftig ein wachsendes Problem in Deutschland werden. Die Zahl der über 65-Jährigen, die Grundsicherungsleistungen beziehen, ist in den letzten Jahren langsam, aber kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2014 wurde erstmals die Grenze von einer Million Beziehern überstiegen. Betroffen sind in Deutschland vor allem Frauen, Witwen und Geringverdiener, die kleine Renten beziehen. Die Quote von rund 3 Prozent der 65-Jährigen, die Grundsicherung beziehen, ist deutlich geringer als in allen anderen Altersgruppen – dennoch ist dies ein wichtiges Thema, das wir im Blick haben.

Gute Entwicklungen in den letzten Jahren

Die Rente ist immer ein Spiegel des Erwerbslebens. Die erfolgreiche Regierungspolitik der CDU in den letzten zwölf Jahren hat dazu beigetragen, dass Wachstum und neue Arbeitsplätze entstanden sind. Dadurch steigen die Renten deutlich. Im Westen zum 1. Juli 2018 um fast 3,2 Prozent, im Osten

um gut 3,4 Prozent. Damit gibt es seit 2014 gut 12 Prozent mehr Rente im Westen und mehr als 16 Prozent Zuwachs im Osten.

Auch das Rentenniveau hat sich besser entwickelt. Es liegt derzeit bei 48,2 Prozent und ist damit in den letzten zwei Jahren wieder leicht angestiegen. Dies kommt Millionen von Rentnern zugute. Die Renten sind in den letzten Jahren oberhalb der Inflationsrate gestiegen, und die Rentnerinnen und Rentner haben Teil am wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes.

Die Große Koalition hat sich viel vorgenommen

Die CDU hat in den Koalitionsverhandlungen die Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ durchgesetzt. Die Kommission beschäftigt sich mit den Herausforderungen der nachhaltigen Sicherung und Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der beiden weiteren Rentensäulen ab dem Jahr 2025. Ihr gehören Vertreter der Sozialpartner, der Politik und der Wissenschaft an. Die Rentenkommission soll die Schrauben der Rentenversicherung in ein langfristiges Gleichgewicht bringen und ihren Bericht bis März 2020 vorlegen.

Kurzfristig sollen Rentenniveau und Beitragssatz stabil bleiben. Die gesetzliche Rente wird auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent bis zum Jahr 2025 festgeschrieben. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass der Beitragssatz

nicht über 20 Prozent steigt. So schaffen wir den Ausgleich zwischen Rentnern und Beitragszahlern.

Darüber hinaus wollen wir schnell weitere Verbesserungen durchsetzen. Dabei wollen wir genau die Gruppen erreichen, die bisher besonders niedrige Renten haben und in Teilen auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind. Das sind insbesondere Erwerbsgeminderte, Solo-Selbstständige, langjährige Geringverdiener und alleinerziehende Mütter.

Zielgenaue Verbesserungen in der Rente

Wir werden die Erwerbsminderungsrente weiter verbessern und diejenigen besser absichern, die aufgrund von Krankheit ihrer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachgehen können. Die Zurechnungszeit wird in einem Schritt auf das aktuelle gesetzliche Renteneintrittsalter angehoben.

Auch den sozialen Schutz von Selbstständigen werden wir verbessern und eine gründerfreundliche Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind.

Wir werden einen weiteren Schritt bei der Mütterrente gehen: Mütter und Väter, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, sollen künftig auch das dritte Jahr Erziehungszeit in der Rente angerechnet bekommen. Dies soll für diejenigen gelten, die drei und mehr Kinder erzogen haben.



Die Autorin:
Annegret Kramp-Karrenbauer ist seit Februar 2018 Generalsekretärin der CDU. Sie war von August 2011 bis Februar 2018 Ministerpräsidentin des Saarlandes.

Wir brauchen eine Offenheit
für neue Ideen und Ansätze
in der Alterssicherung.

Für uns als CDU gilt der Grundsatz: Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss im Alter mehr Geld zur Verfügung haben als diejenigen, die nicht gearbeitet haben. Daher führen wir die Grundrente für Menschen ein, die 35 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben. Diese wird 10 Prozent oberhalb der Grundsicherung liegen.

Selbstgenutztes Wohneigentum auch im Alter behalten

Der Bezug sozialer staatlicher Leistungen und der Grundrente soll nicht dazu führen, dass selbstgenutztes Wohneigentum aufgegeben werden muss. Auch diesen Punkt haben wir als CDU in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Daher werden wir die gesetzlichen Regelungen zur Vermögensverwertung und zum Schonvermögen in der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitssuchende überarbeiten, angleichen und so ändern, dass Beziehende sozialer staatlicher Leistungen in ihrem Wohneigentum wohnen bleiben können.

Private Altersvorsorge weiterentwickeln

Die Menschen in unserem Land sollen wissen und in Zukunft besser nachvollziehen können, welche Rentenanwartschaften sie in den verschiedenen Säulen der Alterssicherung angespart haben. Daher werden wir eine säulenübergreifende Renteninformation unter Aufsicht des Bundes einführen, mit der sich Bürgerinnen und Bürger über ihre individuelle Absicherung im Alter bei

der gesetzlichen, betrieblichen und privaten Vorsorge informieren können.

Über 16 Millionen Menschen haben eine Riester-Rente abgeschlossen. Auch wenn dies nur 40 Prozent der Förderberechtigten sind, ist das eine hohe Nachfrage. Allerdings gibt es in Teilen Defizite, die wir korrigieren müssen. Wir brauchen eine Riester-Rente, die in erster Linie den Versicherten zugutekommt. Daher wollen wir die private Altersvorsorge im Dialog mit der Versicherungswirtschaft weiterentwickeln. Das Ziel ist die zügige Entwicklung eines attraktiven standardisierten Riester-Produkts.

Vertrauen in die Altersvorsorge stärken – generationenübergreifend

Wir haben uns in dieser Legislaturperiode viel vorgenommen. Neben den konkreten Maßnahmen und Verbesserungen blicken viele Augen auf die Arbeit der Rentenkommission. Dabei dürfen aber auch keine übertriebenen hohen Erwartungen geweckt werden, die nicht erfüllt werden können. Es gibt nicht die eine Lösung für die oben beschriebene demografische Entwicklung.

Wir müssen an diejenigen denken, die jetzt in Rente gehen oder bereits in Rente sind. Aber genauso geht es um diejenigen, die ihr Berufsleben noch vor sich haben oder jetzt die Renten für die älteren Generationen bezahlen. Wir müssen Lösungen finden, die für alle Generationen tragen. Daher muss

bei Überlegungen über die Zukunft der Alterssicherung in Deutschland immer die Generationengerechtigkeit im Zentrum stehen. Denn wenn gerade die jungen Menschen kein Vertrauen mehr in die Alterssicherung haben, stehen wir vor einem großen Legitimationsproblem. Wir wollen als CDU langfristig dafür sorgen, dass die Menschen auch in Zukunft auf ihre Altersvorsorge vertrauen können.

Senioren-Union setzt auf verlässliche Rente

Die Senioren-Union (SU) begrüßt die am 3. Mai erfolgte Einsetzung der parteiübergreifenden Rentenkommission mit dem Ziel, die Rente über das Jahr 2030 hinaus sicher, bezahlbar und auskömmlich zu gestalten. Die Bundesregierung greift damit einen Vorschlag der Senioren-Union auf, den diese bereits im Oktober 2016 auf ihrer Bundestagung in Magdeburg gemacht und den sie angesichts des steigenden Drucks auf die Rentenversicherung durch den demografischen Wandel für eine langfristige Stabilisierung der Rente gefordert hatte. Die Rentenkommission, die am 6. Juni ihre Arbeit aufnahm, soll bis Mitte 2020 ihre Konzepte vorlegen, damit die Bundesregierung noch in der laufenden Wahlperiode neue Pflöcke für eine langfristig sichere Rente einschlagen kann. Die SU setzt auf einen verlässlichen Generationenvertrag, damit junge Beitragszahler nicht finanziell überfordert und Ältere ausreichend versorgt werden. Unter anderem spricht sich die SU für Maßnahmen zur Verbesserung der Flexibilität beim Renteneintrittsalter und eine Vereinbarung über ein längeres, freiwilliges Arbeiten aus.



Reiseleistungen:

- Haustürabholung inklusive Kofferservice
- An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- 7 Übernachtungen im 3-Sterne Thermen Club Hotel
- All-Inclusive-Verpflegung (wie beschrieben)
- Kostenfreie Teilnahme an Wassergymnastik (Montag bis Freitag)
- Kostenfreie Nutzung von Thermal-Hallenbad und -Außenpool des Hotels
- Kostenfreie Nutzung von Sauna, Infrarotkabine und Fitnessraum des Hotels
- Leihbademantel



Zimmerbeispiel Thermen Club Hotel



BAD FÜSSING

Erholung pur im Rottaler Bäderdreieck!



Haustür-
abholung:
Ihre Reise beginnt
und endet vor Ihrer
Haustür.

Schon Ihre Anreise ins Herz des Passauer Lands beginnt Dank bequemer Haustürabholung ganz entspannt. Der urige bayerische Kurort Bad Füssing gilt nicht ohne Grund als beliebtestes Heilbad Europas – gleich drei Thermen verwöhnen Sie hier mit ihrem wohltuenden Gesundheitsangebot rund um das Bad Füssinger Heilwasser. Dieses hat nachweislich eine ganz besondere Heilwirkung, die sich vor allem bei Erkrankungen des Bewegungsapparates positiv auswirkt. Gut ausgebaute Rad- und Nordic Walking-Strecken laden Sie zudem zur aktiven Erholung entlang romantischer Flussauen und Waldwege ein. Freuen Sie sich auf eine erholsame Verschnaufpause vom Alltag – eine, zwei oder drei Wochen!

Termine und Reisepreise:

Saison	Termine 2018 / 2019	Grundpreis*	Verlängerungs- woche*
A	03.12.18** 07.01.19, 14.01.19, 21.01.19	EUR 499,-	EUR 400,-
B	05.11.18, 12.11.18, 19.11.18 28.01.19, 04.02.19, 11.02.19	EUR 599,-	EUR 500,-
C	15.10.18, 22.10.18, 29.10.18	EUR 649,-	EUR 550,-
D	16.07.18, 23.07.18, 30.07.18 06.08.18, 13.08.18, 20.08.18, 27.08.18 03.09.18, 10.09.18, 17.09.18, 24.09.18	EUR 699,-	EUR 600,-

*) Preise gelten pro Person bei Zweierbelegung

**) letzte Rückreise 2018 am 10.12.2018

Einzelzimmer-Zuschlag pro Woche: EUR 112,-

Hinweise:

- Die Kurtaxe ist zahlbar vor Ort und beträgt ca. EUR 3,- pro Person und Tag.
- Eine Reiserücktrittskosten-Versicherung ist empfehlenswert. Wir beraten Sie gern!
- Verlängerung: Der erste Tag der Verlängerung bestimmt wie ein neuer Anreisetag den Preis.

1 Woche
schon ab Euro
499,-

INFORMATIONEN ANFORDERN

Reiseziel: **BAD FÜSSING**

Coupon ausfüllen und direkt an Terramundi GmbH, Im Wauert 14, 46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax
0 23 69 / 9 19 62-33.

Besuchen Sie unsere Website: www.terramundi.de

Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur BAD FÜSSING-Reise

per Briefpost

per E-Mail

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon mit Vorwahl bzw. Mobil-Nr.

E-Mail

JA, ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben aus diesem Formular zur Beantwortung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden. Die Daten werden nach abgeschlossener Bearbeitung Ihrer Anfrage gelöscht.
Hinweis: Sie können Ihre Einwilligung jederzeit per E-Mail an info@terramundi.de widerrufen.

RENTENKOMMISSION MUSS AUCH *heiße Eisen* ANPACKEN!

Am 6. Juni wird die Rentenkommission der Bundesregierung ihre Arbeit aufnehmen. Das Gremium soll nicht weniger als einen neuen Generationenvertrag für die Zeit nach 2025 ausarbeiten. Wie muss die Rentenpolitik der Zukunft aussehen und an welchen Maßstäben soll sie sich orientieren?



Ich bin überzeugt: Der Schlüssel für eine generationengerechte Rentenpolitik liegt in der Sozialen Marktwirtschaft. Walter Eucken, der Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft, legte als eines von sieben Prinzipien für unsere Wettbewerbsordnung die „Konstanz der Wirtschaftspolitik“ fest. Das heißt: Unternehmen und Privathaushalte sollen sich langfristig auf die Spielregeln des Staates verlassen können, damit sie ihre Zukunft vernünftig planen können. Dazu zählen neben der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur und guten Ausbildungsmöglichkeiten auch ein stabiles Rentensystem, das auf der einen Seite eine gute Altersversorgung garantiert, auf der anderen Seite aber auch Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht mit zu hohen Beiträgen belastet. Und gerade beim Rentensystem muss man leider feststellen, dass die Politik schon zu lange für erhebliche Verunsicherung und mangelnde Planungssicherheit sorgt.

Als klar wurde, dass unter den sich rapide ändernden demografischen Verhältnissen das bisherige System keine Zukunft hatte, wurde der Pakt zwischen den Generationen ab 2001 bereits neu justiert. Es wurde vereinbart, das Rentenniveau der gesetzlichen Rente langsam absinken zu lassen. Eine Förderung von privater und betrieblicher Vorsorge sollte dies ausgleichen. Aus einer Säule der Altersvorsorge wurden drei.

So richtig dieser Ansatz war, so wenig wurde damals bedacht: Durch ein langsam absinkendes Rentenniveau sowie zunehmend fragmentierte

Erwerbsbiografien durch Wiedervereinigung, Globalisierung und Digitalisierung drohen auch Personen in die Sozialhilfe zu rutschen, die viele Jahre ihres Lebens gearbeitet haben. Ihre erworbenen Rentenanwartschaften werden ihnen in diesem Fall auf die sogenannte Grundsicherung im Alter komplett angerechnet. Derjenige, der nie in die Rentenkasse eingezahlt hat und im Alter ebenfalls auf Sozialhilfe angewiesen ist, bekommt am Ende also die gleiche Grundsicherung ausbezahlt wie der, der viele Jahre eingezahlt hat. Was systematisch richtig ist, verletzt sowohl das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen als auch das ureigene Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft, dass sich Eigenverantwortung und Leistung lohnen. Die neue Grundrente soll hier nun Abhilfe schaffen: Wer 35 Beitragsjahre auf seinem „Konto“ hat, soll zukünftig immer eine Rente sicher haben, die 10 Prozent über dem Grundsicherungsniveau liegt.

Sicherlich krankt das Rentensystem auch daran, dass die private Riester-Rente zu bürokratisch ist. Und sicher trägt es auch zur Verunsicherung bei, dass sich der Normalbürger nicht einfach per Mausklick einen Gesamtüberblick über seine Altersvorsorge-Bausteine verschaffen kann. Auch belastet es die langfristige Tragfähigkeit des Systems, wenn immer wieder gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie etwa die Mütterrente aus Beitragsmitteln und nicht aus Steuern finanziert werden.

Die Beispiele zeigen exemplarisch auf, warum Rentendebatten in Deutschland so kontrovers verlaufen. Es fehlen die klaren und verlässlichen

HELMUT KOHL – FÜR DEUTSCHLAND. FÜR EUROPA

SONDERAUSGABE DER POLITISCHEN MEINUNG

MIT BEITRÄGEN U. A. VON
GEORGE H. W. BUSH, ALFRED GROSSER, JEAN-CLAUDE JUNCKER, KLAUS KINKEL, JULIA KLÖCKNER, CHARLOTTE KNOBLOCH, NORBERT LAMMERT, SIR CHRISTOPHER MALLABY, ANGELA MERKEL, WOLFGANG SCHÄUBLE, BERNHARD VOGEL

ERHÄLTlich
IM ZEITSCHRIFTEN-
HANDEL, PER E-MAIL
ODER PER POST *



Juni 2018
5 Euro

Helmut Kohl hat deutsche und europäische Geschichte geschrieben. Zu seinem ersten Todestag hat „Die Politische Meinung“ vor allem Weggefährten und nahestehende Beobachter befragt, für die Helmut Kohl längst nicht Geschichte geworden ist. Ihnen stehen seine „Lebendigkeit und Mission“ (Martin Walser) vor Augen. Sie neu zu entdecken, kann in einer Zeit, in der erneut vieles in Bewegung gerät, nur hilfreich sein – für Deutschland, für Europa!

* Bestellung per Mail: politische-meinung@kas.de
Bestellung per Post: Redaktion Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

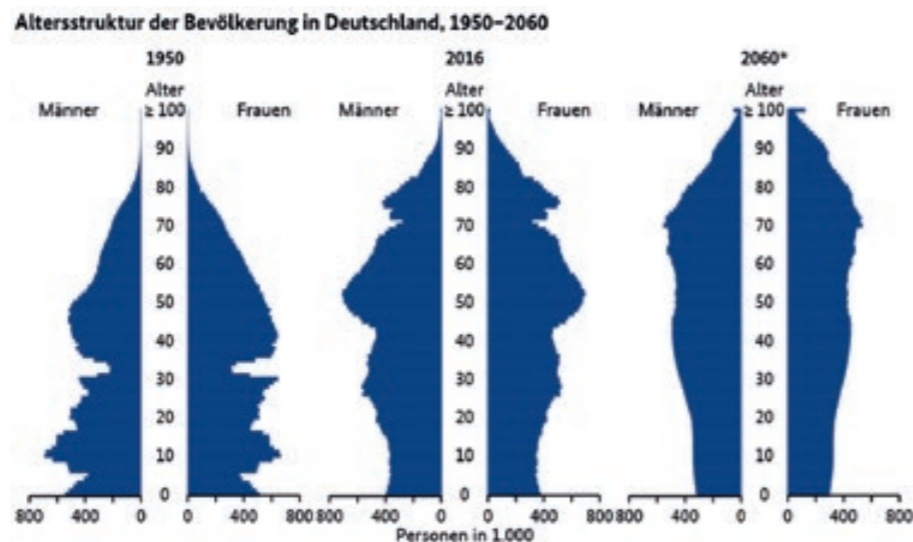
Elbe

Schöner, ruhiger, günstiger wohnen

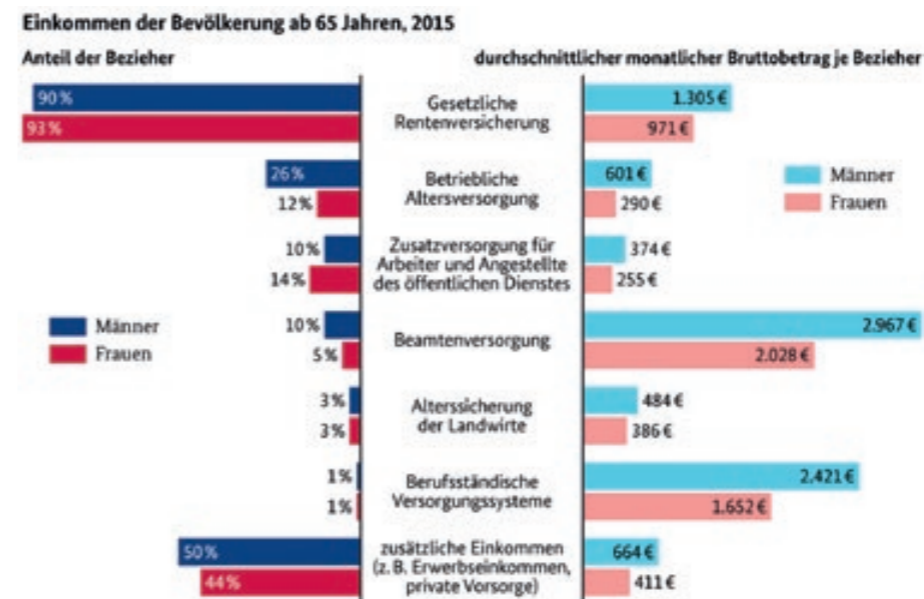
Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 ZL., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
V: 82,6 kWh, E., Bj 1991
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.

Betreuung möglich, gegenüber im
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohltmann-Straße



* Ergebnis der aktualisierten 1. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 2-A)
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt © BIB 2018 / demografie-portal.de



Datenquelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales © BIB 2017 / demografie-portal.de

langen Linien. Anstatt die langfristige Verlässlichkeit und Tragfähigkeit des Rentensystems im Auge zu behalten, wurden in der Vergangenheit viel zu häufig teure Rentenversprechen eingelöst, ohne dabei die Systematik des Rentensystems, die Generationengerechtigkeit und den richtigen Umgang mit versicherungsfremden Leistungen zu beachten.

Ich bin davon überzeugt, dass die Rentenpolitik der Zukunft letztlich um zwei Pole kreisen muss: Wir müssen denjenigen zur Seite stehen, die es – aus welchen Gründen auch immer – gar nicht bis zur Regelaltersgrenze schaffen. Und wir müssen für diejenigen, die länger arbeiten können, das System so attraktiv machen, dass sie auch länger arbeiten wollen. Gerade aber, was das längere Arbeiten angeht, haben wir in Deutschland immer noch ein Mentalitätsproblem. Ich habe deshalb im Deutschen Bundestag intensiv dafür gekämpft, den Menschen endlich das Recht zu geben, selbst zu entscheiden, ab wann sie sich als Rentner sehen. „Flexi-Rente“ habe ich diese Idee genannt, und ich bin der Senioren-Union sehr dankbar, dass sie dieses wichtige politische Projekt unterstützt hat. Seit Anfang 2017 ist die Flexi-Rente nun in Kraft. Heute hat ein 65-jähriger Arbeitnehmer mehrere Alternativen. Möchte er noch etwas länger arbeiten, kann er auch weiter in die Rentenkasse einzahlen und so seine Rente verbessern. Er kann aber auch sofort Rente beziehen und diese durch Weiterarbeit jährlich aufbessern. Durch finanzielle Anreize dieser Art wird der schon längst überfällige Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik eingeleitet.

Dass es darüber hinaus irgendwann zu einer Kopplung der Lebenserwartung mit der Lebensarbeitszeit kommen muss, spätestens wenn die Rente mit 67 im Jahre 2031 Realität ist, sollte jedem klar sein. Wenn wir dank des

medizinischen Fortschritts immer älter werden, werden wir einen Teil dieser Zeit natürlich auch arbeiten müssen. Klar ist aber auch: Viele Menschen schaffen es erst gar nicht bis zur Regelaltersgrenze – sei es aus körperlichen oder psychischen Gründen. Gerade für diese Menschen müssen wir eine zielgerichtete Politik machen und beispielsweise die Erwerbsminderungsrente stärken, mit der viele Menschen vorliebnehmen müssen. Über diesen beiden Polen schwebt jedoch immer als notwendige Anforderung an rentenpolitisches Handeln das, was mit „konstanter Wirtschaftspolitik“ gemeint ist und was im vorliegenden Fall ebenso eine nachhaltige Finanzierung der Altersvorsorge meint.

Altersversorgung zukunftsfest machen

Doch wie kann man im Rentensystem eine nachhaltige Finanzierung organisieren? In Rentendiskussionen bekomme ich oft die vermeintlich einfache Lösung vorgetragen, es sollten doch alle in die Rentenkasse einzahlen, vom Selbstständigen bis zum Beamten. Dann jedoch müssten über Jahrzehnte zwei Systeme parallel finanziert werden. Die aktuelle Generation der Beamten hat schließlich bereits Pensionsansprüche erworben, die man nicht einfach verfallen lassen könnte. Zusätzlich müssten sie dann in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und dort ebenfalls Ansprüche erwerben. Das würde die demografische Belastung des Rentensystems noch verschärfen.

Da wir die Stellschrauben des Systems nicht beliebig verstellen können, sind abrupte Systemwechsel zu vermeiden. Stattdessen muss das bestehende System zukunftstauglich gemacht werden. Doch was bedeutet das für die Gruppen der Selbstständigen und Beam-



Der Autor: **Carsten Linnemann**, Jahrgang 1977, ist Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) und Mitglied im Bundesvorstand der CDU/CSU sowie Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

ten? Bei den Selbstständigen ist das Problem, dass zu viele Kleinstselbstständige gar nicht erst für das Alter vorsorgen und faktisch ihr Geschäftsmodell darauf ausrichten, im Alter von der Solidargemeinschaft versorgt zu werden. Ein Blick in die Statistiken zeigt: Die Hälfte der Personen, die im Alter vom Steuerzahler unterstützt werden müssen, haben in ihrem Erwerbsleben keinerlei Rentenansprüche gesammelt.

Im Koalitionsvertrag haben wir nun eine Versicherungspflicht für Selbstständige vereinbart, die dieses Problem behebt, jedoch gleichzeitig die Wahlfreiheit der Selbstständigen garantiert. Sie können entweder eine private Altersversorgung vorweisen, die natürlich insolvenz- und pfändungssicher sein muss, oder werden automatisch in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert.

Und was ist mit den Beamtenpensionen? Ein ganz heißes Eisen. Um einem falschen Vorwurf direkt entgegenzutreten: Beamte leisten einen sehr wichtigen Beitrag zum Gelingen unseres Staatswesens. Daher ist es nur richtig, dass sie

angemessen entlohnt und nach Beendigung des Dienstverhältnisses ausreichend versorgt werden. Aber wir müssen uns ehrlich machen: Wenn Pensionsansprüche entstehen, müssen dafür auch entsprechende Rücklagen gebildet werden. Das bedeutet im Umkehrschluss für mich: Verbeamtungen sollten nur noch stattfinden, wenn eine versicherungsmathematisch korrekt gerechnete und testierte Rückstellung gebildet wird.

Vor dem Hintergrund der bestehenden Versorgungslücke müssen wir uns zudem die unbequeme Frage stellen, für welche Bereiche wir überhaupt noch das Beamtenverhältnis brauchen. Der Beamtenstatus wird grundsätzlich für das Ausführen von hoheitlichen Aufgaben verliehen. Ohne jeden Zweifel gilt dies in allen sicherheitsrelevanten Bereichen wie etwa bei der Polizei oder der Bundeswehr. Gleiches gilt für die Justiz und auch für Finanzbeamte, da deren Unabhängigkeit gewahrt sein muss. Aber in den allermeisten anderen Bereichen existieren bereits heute Beamten- und normale Angestelltenverhältnisse nebeneinanderher.

Dies gilt etwa für die öffentliche Verwaltung genauso wie für Lehrer. Kurzum: Wir müssen jetzt eine Reform diskutieren, die erst in einigen Jahren greifen kann. Für alle bestehenden Beamtenverhältnisse muss freilich Bestandsschutz gelten. Diese Diskussion mag unbequem sein, aber wir müssen sie nicht zuletzt aus Gründen der Generationengerechtigkeit führen. Übrigens gilt das auch für die Politikerpensionen in diesem Land. Es gibt in meinen Augen keinen überzeugenden Grund dafür, dass Politiker die Privilegien von Beamten genießen.

Diese wenigen Beispiele zeigen ganz klar: In der Rentenpolitik müssen wir immer noch um langfristig tragfähige Lösungen ringen. Sonst laufen wir angesichts hochverschuldeter öffentlicher Haushalte Gefahr, in einigen Jahren massiv Steuern und Beiträge erhöhen zu müssen. Die Auswirkungen wären fatal. Walter Eucken würde uns heute sicher mahnen: „Macht endlich wieder langfristig orientierte Rentenpolitik! Bringt Konstanz ins System!“ Das und nichts anderes sollte der Anspruch der neuen Rentenkommission sein.

Schulte Haus-Rollator

- ✓ sehr schmal - passt durch jede Tür
- ✓ nützlich - Tisch decken leicht gemacht
- ✓ persönlich - verschiedene Farbtöne

Jetzt Prospekt anfordern!

0800 200 6004
gebührenfrei anrufen

www.haus-rollator.de

Made in Germany

Schulte Holzprodukte GmbH | Langenberger Straße 96 | 33397 Rietberg | NRW

/ WIE MACHEN ES

andere?

Manche Länder altern schneller, manche langsamer. Entsprechend groß sind die Unterschiede im Rentensystem. Wann kann man in Rente gehen? Kann man als Rentner auch weiterarbeiten? Welche Änderungen am System werden diskutiert? Die skandinavischen Länder gelten in Bezug auf ihre Sozialsysteme allgemein als vorbildlich oder zumindest als Orientierungshilfe für zukunftsfähige Lösungen. Souverän wirft deshalb einen Blick über die Ostsee in den Hohen Norden – Rentensysteme im Vergleich – kurz und prägnant.

Schweden

universelles Pflichtsystem mit 3 Elementen:

1. Beitragsfinanzierte Altersrente,
 2. Beitragsfinanzierte, kapitalgedeckte Zusatzrente (Prämienrente) und
 3. Steuerfinanzierte garantierte Altersrente (Garantierrente)
- Finanzierung durch Beiträge (alle Arbeitnehmer und Selbstständige) sowie Steuermittel

Beitragsfinanzierte Altersrente:

- Regulärer Bezug (zu 100 %) ab dem 67. Lebensjahr
- flexibler Bezug zwischen dem 61. und 67. Lebensjahr zu 100, 75, 50 oder 25 % möglich
- Aufschub der Inanspruchnahme so lange möglich, wie versicherungspflichtige Einkünfte bestehen

Zusatzrente / Prämienrente:

- Bezugsbeginn entsprechend des individuellen Bezuges der beitragsfinanzierten Altersrente

Garantierte Altersrente:

- Inanspruchnahme ab dem 65. Lebensjahr möglich, wenn beitragsfinanzierte Altersrente und Zusatzrente zusammen unter einer bestimmten Renteneinkommensgrenze liegen
- Bezug abschlagsfrei (zu 100 %) möglich, wenn Wohndauer in Schweden mindestens 40 Jahre beträgt

Norwegen

Altersrentensystem mit 2 Elementen:

1. Einwohner- / Grundversicherung (alle Einwohner; Bezug der Grundrente) und
 2. Zusatzversicherung (alle Arbeitnehmer und Selbstständigen zwischen 13 und 75 Jahren; Bezug der Zusatzrente entsprechend gezahlten Beiträgen) (Garantierrente)
- Finanzierung durch Steuermittel (Grundrente) und Beiträge (Zusatzrente)

Grundrente:

- entspricht einer der Grundsicherung dienenden Leistung; steuerfinanziert
- ist einkommensunabhängig
- Höhe abhängig von Wohndauer in Norwegen

Zusatzrente:

- ist eine einkommensbezogene Leistung; beitragsfinanziert
- Höhe abhängig von eingezahlten Beiträgen

Altersrente im Allgemeinen:

- abschlagsfreier Bezug der Altersrente ab dem 67. Lebensjahr möglich, mit Abschlägen ab dem 62. Lebensjahr
- Kombination von Arbeit und Rentenbezug möglich, ohne dass das Arbeitseinkommen auf die Rente angerechnet wird
- Aufschub der Inanspruchnahme der Altersrente bis zum 75. Lebensjahr möglich

Finnland

Rentenversicherungssystem besteht aus 3 Elementen:

1. Beschäftigungsrente,
 2. Volksrente und
 3. Garantierter Mindestrente
- Beitragsfinanzierte Versicherung / Beschäftigungsrentensystem: gesetzliche, einkommensbezogene Rente für alle Erwerbstätigen (Arbeitnehmer und Selbstständige); Finanzierung durch Beiträge
- Steuerfinanziertes universelles System:
- 1) Volksrente (einkommensunabhängig, Höhe ergibt sich aus Dauer des Wohnsitzes in Finnland, Festbeträgen und Familienstand),
 - 2) Garantierte Mindestrente (Zulage); Finanzierung durch Steuern

Beschäftigungsrente:

- kein starres Renteneintrittsalter vorhanden: Renteneintritt ab dem 65. Lebensjahr und spätestens mit dem 70. Lebensjahr möglich (Geburtsjahrgang bis 1954 frühestmöglich mit 63; für Geburtsjahrgänge bis 1964 erfolgt schrittweise Anhebung auf 65)
- Teil-Altersrente möglich; Altersgrenze für Bezug liegt 3 Jahre unter dem regulären Renteneintrittsalter (je nach Jahrgang), Inanspruchnahme zu 25 % oder 50 % möglich; Abschläge betragen 0,4 % pro Monat bis zum Erreichen des regulären Renteneintrittsalters

Volksrente:

- Renteneintrittsalter: 65. Lebensjahr
- Aufschub möglich; für jeden Monat des Aufschubs erhöht sich die Rente um 0,6 %

Garantierte Mindestrente:

- Auszahlung nur, wenn Einkommen aus Beschäftigungs- und Volksrente unter dem gesetzlich vorgegebenen Renteneinkommensniveau liegt; Differenzbetrag wird dann aufgefüllt

Und so läuft es in den USA

Grundlage der US-Altersversorgung ist das Social Security System, das als Folge der Großen Depression 1935 geschaffen wurde. Auch das US-Rentenversicherungssystem basiert auf dem sogenannten Umlageverfahren. Verglichen mit dem deutschen Rentensystem, gibt es aber zwei große Unterschiede. Der erste ist, dass in den USA nicht nur angestellte Arbeitnehmer und deren Arbeitgeber, sondern auch Selbstständige und Freiberufler Beiträge in die gesetzliche Rentenkasse abführen müssen. Der zweite Unterschied ist, dass das US-amerikanische Rentensystem nie darauf abgezielt hat, den Lebensunterhalt im Alter als alleiniges Einkommen zu sichern. Stattdessen versteht sich die amerikanische Rente schon seit jeher nur als Grundsicherung. Das Alter, ab dem US-Arbeitnehmer ihre volle öffentliche Rente anfordern können, ist in jüngster Zeit von 65 auf 66 Jahre angehoben worden und wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Um den bisherigen Lebensstandard aufrechterhalten zu können, ist es in den USA deshalb in aller Regel notwendig, die Bezüge im Alter durch eine betriebliche oder eine private Altersvorsorge aufzustocken.

REVITALISIERUNG NOTWENDIG

Bereits 2005 monierte Günter Grass, in Deutschland herrsche lediglich eine „Freiheit nach Börsenmaß“; die Politiker hiezulande hingen gleichsam wie Marionetten an den Fäden des heimatlosen Kapitals. Auch in der Wissenschaft mehrten sich zur gleichen Zeit besorgte Beiträge und Einschätzungen. Der britische Soziologe Colin Crouch brachte mit seiner 2004 erstmals erschienenen Studie die Defekte und Schwächen gegenwärtiger Demokratien auf den Begriff der Postdemokratie. Damit machte er diesen Begriff populär und zu einem Schlüsselbegriff in der gegenwärtigen Debatte.

Tatsächlich dominieren gegenwärtig besorgte Bestandsaufnahmen die öffentliche Auseinandersetzung über die Demokratie. So zum Beispiel das neueste Buch von Yascha Mounk, einem deutschstämmigen Politikwissenschaftler der Harvard University, der einen Zerfall der Demokratie attestiert und dies vor allem auf den aufkeimenden Populismus zurückführt. Andere, wie der US-amerikanische Philosoph Jason Brannon, nehmen mit dem gleichen Wahlrecht ein zentrales Prinzip der Demokratie auf und hinterfragen offen die Mitbestimmungsmöglichkeiten aller, also auch derjenigen, die weder Interesse an noch Kenntnisse von Politik hätten. Der belgische Historiker David Van Reybrouck hingegen findet Wahlen nicht nur „primitiv“, sondern – siehe Brexit – sogar gefährlich. Tatsächlich erscheinen uns heute unsere demokratischen Institutionen durchaus intakt, aber die Menschen sind immer stärker von den Ergebnissen der demokratischen Prozesse enttäuscht, fühlen Ohnmacht vor den entgrenzten Dynamiken der Märkte. Kurzum: Wir haben ein demokratisches und demokratietheoretisches Problem. Ist aber tatsächlich der aufkeimende Populismus an allem schuld? Mit dem Kampfbegriff des Populismus wird in der Debatte eine nur scheinbar einfache Lösung vorgeschlagen. Den populistischen Parteien wird Irrationalität, eine unterkomplexe Weltansicht bis hin zur Verwendung von


„Fake-News“ vorgeworfen. Aber ist es damit getan, den Wählerinnen und Wählern dieser Parteien irrationale Ängste und ein dumpfes nationalistisches Grundgefühl vorzuwerfen? Vielleicht sorgen sich diese Menschen darüber, dass die Politik immer marktfähiger gemacht werde, obwohl ihnen in der Schule doch beigebracht wurde, dass Demokratie die Selbstbestimmung eines Volkes zum Wohle aller sei. Berufen sie sich – wenn auch mit großer Gereiztheit – nicht nur auf ihr Selbstbestimmungsrecht? Ob die internationalen Beziehungen auf einer globalen Ebene betrachtet werden oder das Paradebeispiel der Entgrenzung, die Europäische Union (EU), es wird in beiden Perspektiven deutlich, dass ein Volk, eine Staatsbürgergemeinschaft, sich kaum mehr allein bestimmen kann, ohne auf Einflüsse Rücksicht zu nehmen, die sich dem Selbstbestimmungsrecht eines Volkes entziehen. Während die empirische Politikwissenschaft diesen Zustand mit dem Begriff der „Governance“ umschreibt, also einem Regieren, das sich den nationalen Grenzen entzieht und auch von Akteuren bestimmt wird, die weder im selben Land beheimatet sind, noch eine demokratische Legitimation aufweisen müssen, sind die Herausforderungen für die normative Demokratietheorie vertrackter. Eine Lösung schlagen die Politikwissenschaftler Dirk Jörke und Ingo Take vor, indem sie den Begriff der Demokratie unter den Bedingungen des Regierens in entgrenzten Räumen fallen lassen und mit dem Begriff der Legitimation ersetzen wollen. Aber wäre ein Verzicht auf den Demokratiebegriff jenseits des akademischen Elfenbeinturmes überhaupt möglich?

Vielleicht stimmt ja auch mit der Idee der Demokratie etwas nicht. Vielleicht sind die Versprechen, die uns die Demokratietheorie gemacht hat, nicht haltbar. Die normative Demokratietheorie zielt darauf ab, demokratische Institutionen und Prozesse zu be-

Die Klagen über den Zustand der Demokratie ebben nicht ab. Berechtigt oder nicht berechtigt? Muss sich Demokratie quasi neu erfinden?




Der Autor: **Prof. Dr. Sven Jochem**, Jahrgang 1966, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie in Tübingen, Heidelberg und Stockholm. Im Oktober 2012 wurde er zum außerplanmäßigen Professor an der Universität Konstanz ernannt, er leitet dort die Arbeitsgruppe für empirische und normative Demokratietheorien. (sven.jochem@uni-konstanz.de)

DEUTSCHE STIFTUNG DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.



Retten Sie Geschichte. Spenden Sie Zukunft.

Bewahren, was uns verbindet.

Denkmale verbinden Menschen über Ländergrenzen und Generationen hinweg miteinander. Sie stiften Identität, prägen das Werteempfinden, sind lebendige Orte der Erinnerung, Wahrzeichen, Mahnmale oder Zufluchtsorte. Denkmale sind mehr als nur Steine – sie sind

ein Stück unserer Heimat, die zu Stein geworden ist. Darum ist Denkmalschutz unser Dank an die Vergangenheit, die Freude an der Gegenwart und unser Geschenk an die Zukunft. Helfen auch Sie mit, dieses Geschenk zu erhalten.



Ihre Spende hilft!

Spendenkonto
Commerzbank AG
BIC: COBA DE 33 033
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400

www.denkmalschutz.de



„ Staatliche Institutionen und Regeln können gutes Leben nicht bestimmen oder gar befehlen, sie können aber Regeln guten Lebens vorgeben „

gründen. So postuliert Jürgen Habermas sein Konzept einer deliberativen Demokratie, bei der sich durch faire Verfahren der, wie er es ausdrückt, „zwanglose Zwang des besseren Argumentes“ durchsetze und sich so eine Gemeinschaft durch rationale Argumentation das allgemeine Wohl festlegen könne. Dieses rationale Fundament der Demokratie stellt die belgische Philosophin Chantal Mouffe in Frage, die demokratische Politik vor allem als Konflikt versteht, bei dem es um Emotionen, Leidenschaften und Machtkämpfe gehe – und es keinen Grund zu der Annahme gebe, dass wir uns rational auf eine politische Lösung einigen könnten. In ihren Augen leitet der zeitgenössische Populismus eine Revitalisierung der Demokratie ein – wenngleich sie einen linken Populismus dem rechten Populismus vorzieht. Die Möglichkeit rationaler Übereinkunft hinterfragt ebenso der US-amerikanische Philosoph Richard Rorty, wenn er Demokratie als eine Herrschaftsform bezeichnet, die von kulturellen Eigenheiten abhängig sei und es „die“ Demokratie schlechterdings nicht gebe. Es gebe lediglich die Sehnsucht nach einem guten Leben und Solidarität. Diese Sehnsucht müsse aber von uns allen immer wieder neu beantwortet und realisiert werden.

Damit ist der Kern des demokratietheoretischen Problems offengelegt: Wir wissen nicht, ob wir mit einer Demokratie lediglich das gleiche Wahlrecht verbinden sollen oder ob wir auch erwarten dürfen, dass neben der friedlichen Abwahl des Führungspersonals Demokratie auch bedeuten soll, dass wir eine Politik zum Wohle aller in einer eingegrenzten Gemeinschaft verfolgen. Brauchen wir also eine Demokratie, die klaren ethischen Regeln und Normen in klaren Grenzen folgt? Reicht ein Verweis auf rationale Übereinkunft oder die christliche Religion aus, oder muss eine solche ethische

Grundlage in einer säkularen Gesellschaft universeller gefasst werden? Und in welcher Form sollten wir uns diese ethischen Regeln geben, gerade in Zeiten, in denen wir in einer pluralen Gesellschaft leben mit unterschiedlichsten Lebensstilen und Glaubenshorizonten?

Meine These lautet, dass wir uns gerade in Zeiten der Entgrenzung und Zerfaserung von Markt und Gesellschaft bei der Beantwortung dieser ethischen Fragen erstens über Formen und Ziele moderner (Sozial-)Staatlichkeit verständigen sollten. Staatliche Institutionen und Regeln können gutes Leben nicht bestimmen oder gar befehlen, sie können aber Regeln guten Lebens vorgeben. Während für viele (linke sowie libertäre) Kritiker der Staat lediglich als strukturelle Gewalt vorstellbar ist, gilt es doch mit dem Frankfurter Philosophen Axel Honneth nach Formen staatlicher Anerkennung zu suchen. Also nach institutioneller Vermittlung von „Sittlichkeit“, wie er es im Rückgriff auf Georg Wilhelm Friedrich Hegel ausdrückt, bei dem wir alle dem Staat und den politischen Akteuren in Parlament und Regierung die Regulierung von solidarischen Regeln zubilligen. Allerdings ist dies, anders, als es uns Jürgen Habermas zeigen will, kaum nur als rationaler Prozess vorzustellen. Vielmehr sollten wir uns darüber im Klaren sein, dass es dafür Macht bedarf, es bedarf politischer Unternehmer, die in der Gesellschaft für ihre Ziele werben, die ihre Kraft und Energie mit Emotionen sowie rationaler Überzeugungskraft in die Waagschale werfen. Damit wird klar, dass der seit Jahren voranschreitende Abbau (sozial-)staatlicher Institutionen eine demokratische Ethik in postdemokratischer Zeit verunmöglicht.

Eine solche Selbstverständigung über die Formen des demokratischen Staates hat auch zweitens Konsequenzen für unser Verständnis

der europäischen Integration. Die EU steht gerade vor der Herkules-Aufgabe, sich neu zu erfinden. Eine einseitige Rückführung der Integrationsschritte – wie im Brexit zu beobachten – verursacht immense Folgeprobleme. Wo sollte die EU Regeln setzen, wo sollte die EU lieber nationale Regeln akzeptieren? Wir sollten uns dagegen verwehren, die EU lediglich als marktschaffende Institution zu verstehen, sondern einfordern, dass die EU als Organisation zu denken ist, die politische Selbstbestimmung im nationalen Rahmen akzeptiert und ermöglicht. Es muss nicht alles in Europa nach einem einheitlichen, markt-konformen Muster gestaltet werden.

Die Aufgabe der Demokratietheorie besteht drittens auch darin, den Wert von Grenzen bei allen Entgrenzungsdynamiken in der Wirtschaft, der digitalisierten Kommunikation und des gesamten gesellschaftlichen Lebens neu zu denken. Wir benötigen eine neue Sicht auf territoriale und funktionale Grenzen, die als solche anerkannt werden und auf legitime Weise verteidigt werden sollten. Die Anerkennung von Grenzen bei gleichzeitiger Ermöglichung des internationalen Austausches, dies ist die praktische Herausforderung, vor der die EU gegenwärtig steht. Die normative Demokratietheorie steht vor der Herausforderung, diese neue staatliche und demokratische Situation in Begriffe zu fassen. Und alle Demokraten stehen vor der Herausforderung, die Selbstbestimmung einer Gemeinschaft jenseits ökonomischer Zwänge zu verteidigen, was die Anerkennung von Grenzen und die Förderung staatlicher Handlungsfähigkeit beinhaltet. Eine demokratische Ethik in postdemokratischen Zeiten benötigt also die Macht und die bewusste Regelsetzung, damit eine solidarische Gemeinschaft sich selbst bestimmt und gleichzeitig offen bleibt für die Andersartigkeit anderer Gemeinschaften. ☒



KROATIEN

Erleben und erholen in Süd-Dalmatien



Reisetermin:

14.10. bis 21.10.2018

Erholungswoche vorab möglich

Reiseleistungen:

- Haustürabholung bis 69 Kilometer zum Flughafen inkludiert (größere Entfernungen gegen Aufpreis)
- Flüge Deutschland* / Dubrovnik / Deutschland* mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
- Flughafengebühren und Kerosinzuschläge in Höhe von EUR 35,- bis 125,- pro Person (Stand 06/18)
- Transfers Flughafen/Hotel/Flughafen
- 7 Übernachtungen im Hotel Croatia (5-Sterne Landeskategorie) in Cavtat im Doppelzimmer
- Halbpension (Frühstück und Abendessen)
- Ausflüge laut Programm inklusive sämtlicher Eintrittsgelder
- Deutschsprachige Reisebetreuung vor Ort
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise
- Flüge wahlweise ab/bis: Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln-Bonn, München und Stuttgart (tlw. mit Umstieg, weitere Abflughäfen auf Anfrage)

Nicht im Preis enthalten:

- Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben
- Trinkgelder
- Zusätzliche Reiseversicherungen (Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt zum Preis von EUR 40,- pro Person für die Grundwoche bzw. EUR 60,- pro Person bei Buchung der Erholungswoche vorab)
- Obligatorische City-Tax von EUR 1,- pro Person je Nacht (vor Ort bezahlbar)



Haustür-abholung* Ihre Reise beginnt und endet vor Ihrer Haustür.

Kroatien ist eines der beliebtesten Ferienziele in Europa. Zu Recht, denn allein die traumhafte Küstenlinie mit der blauen Adria und den zahllosen kleinen vorgelagerten Inseln lohnt den Besuch. Auch für Kulturinteressierte hat die Region einiges zu bieten. Dubrovnik mit der historischen Altstadt, Ston mit den imposanten Festungsanlagen und Korcula, Geburtsort des Entdeckers Marco Polo sind nur einige Beispiele.

Drei Ausflüge mit deutschsprachiger Reiseleitung sind bereits im Preis enthalten – zwei weitere können Sie vor Ort buchen. Den Rahmen für entspannte Stunden bietet das komfortable 5-Sterne-Hotel. Fliegen Sie mit!

Reisepreise:

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer*:	EUR 885,-
Einzelzimmerzuschlag pro Woche:	EUR 245,-
Zuschlag garantierter Meerblick pro Person/Woche:	EUR 49,-
Erholungswoche pro Person im DZ*/HP vorab:	EUR 350,-
* bei Zweierbelegung	
→ Grundpreis mit Flügen ab/bis Stuttgart	
→ Flugzuschläge pro Person für Flüge ab/bis Düsseldorf, Hannover, Köln-Bonn:	
Berlin-Tegel, Frankfurt, Hamburg, München:	EUR 50,-
	EUR 80,-

Hotel Croatia*****

Lage: Das 5-Sterne-Hotel (Landeskategorie) liegt spektakulär auf einer felsigen Halbinsel direkt über dem adriatischen Meer, oberhalb der malerischen Bucht von Cavtat. Der Fischer- und Touristenort lädt mit zahlreichen Geschäften und Restaurants zum Verweilen ein. Das Hotel ist nur ca. 10 Fahrminuten vom Flughafen von Dubrovnik entfernt. Die historische Altstadt von Dubrovnik kann von Cavtat aus per Taxiboot erreicht werden.

Ausstattung: Das Luxushotel verfügt über eine großzügig gestaltete Rezeption und mehrere Restaurants: im Hauptgebäude, am Pool und am hoteleigenen Strand an der Bucht von Cavtat, unterhalb des Hotels. Zu den Einrichtungen zählen außerdem Lobby-, Pool- und Strandbar, großzügige Innen- und Außenschwimmbäder, zwei hoteleigene Strände (Fels und Kies), Konferenzzentrum, großer Spa- und Wellnessbereich mit Fitnesscenter und Anwendungen (Nutzung gegen Gebühr), 24-Stunden-Zimmerservice und WIFI im gesamten Hotel.

Zimmer: Alle 487 elegant und großzügig eingerichteten Zimmer und Suiten verfügen über Bad / Dusche, WC, Haartrockner, Balkon, Klimaanlage, Direktwahl-Telefon, Satellitenfernseher, Minibar und Safe. Die Zimmer haben entweder Gartenblick oder direkten Meerblick (gegen Aufpreis).

Verpflegung: Frühstück und Abendessen in Buffetform.

1 Woche mit Ausflügen nur € 885,-

Haustürabholung*

Zone:	Radius:	Preis p.P.:
Zone 1	bis 69 km	inklusive
Zone 2	bis 119 km	EUR 75,-
Zone 3	bis 169 km	EUR 100,-
Zone 4	bis 229 km	EUR 135,-
Zone 5	ab 230 km	EUR 160,-

*Die Haustürabholung bis 69 Kilometer ist obligatorisch im Preis enthalten. Es erfolgt keine Erstattung, wenn dieser Service nicht in Anspruch genommen wird.

INFORMATIONEN ANFORDERN

Reiseziel: KROATIEN

Coupon ausfüllen und direkt an Terramundi GmbH, Im Wauert 14, 46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax 0 23 69 / 9 19 62-33.

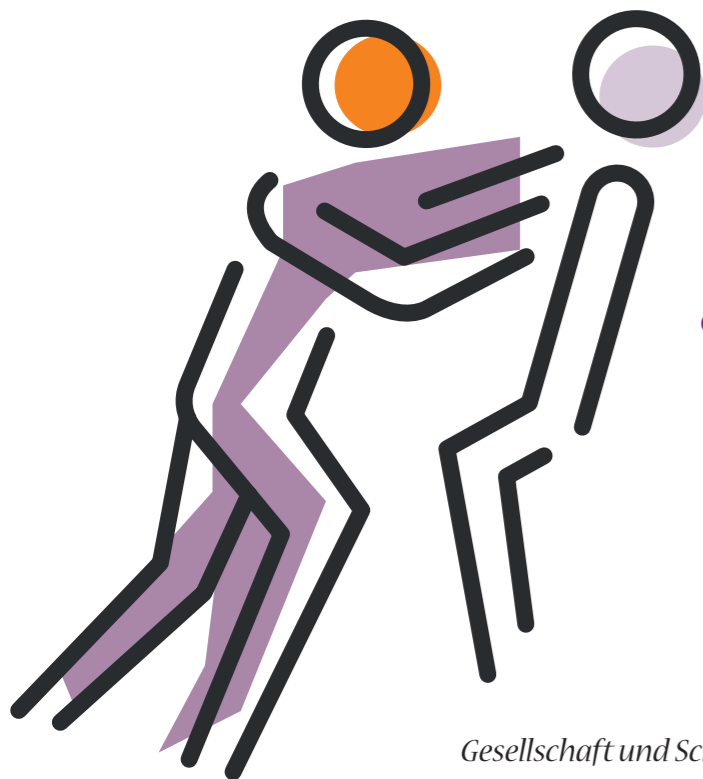
Besuchen Sie unsere Website: www.terramundi.de

Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur KROATIEN-Reise per Briefpost per E-Mail

Vorname, Name	Telefon mit Vorwahl bzw. Mobil-Nr.
Straße, Hausnummer	E-Mail
PLZ, Ort	

JA, ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben aus diesem Formular zur Beantwortung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden. Die Daten werden nach abgeschlossener Bearbeitung Ihrer Anfrage gelöscht. Hinweis: Sie können Ihre Einwilligung jederzeit per E-Mail an info@terramundi.de widerrufen.

„Wir lassen kein Kind zurück“ – unter dieses Motto stellte die SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft im Frühjahr 2012 ihren Wahlkampf in NRW. Ihr Anliegen: Benachteiligte Kinder, vor allem aus bildungsfernen Familien, sollten bessere Integrations- und Aufstiegschancen erhalten. Das war bestimmt ein ehrenwertes Ziel. Heute fragt man sich allerdings: Wer schützt überforderte Lehrer vor Kindern und Jugendlichen in unseren Schulen? Wo soll das hinführen, wenn in Schulen die Kriminalität steigt? Gewalt gegen Lehrer und Mitschüler ist eine zentrale Baustelle einer bedenklichen gesellschaftlichen Entwicklung, die von der Einwanderungspolitik nicht zu trennen ist.



Gesellschaft und Schule

BEDENKLICHE Schieflagen

Eine aktuelle Forsa-Umfrage im Auftrag des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) kommt zu dem Ergebnis: An deutschen Schulen werden 48 Prozent der Lehrer beschimpft, bedroht und eingeschüchtert. Die Befragung von 1200 Schulleiterinnen und Schulleitern über Gewalt an ihrer Schule ergab auch, dass 20 Prozent der Lehrer durch verbale Gewalt und Mobbing im Internet verfolgt werden.

Körperliche Gewalt mussten 26 Prozent der Lehrer in den letzten fünf Jahren ertragen, am häufigsten an Grundschulen. Leider warteten in 10 Prozent der Fälle angegriffene Lehrer vergeblich auf Unterstützung. 69 Prozent der Schulleiter meldeten, dass Schüler keine Einsicht

in ihr Fehlverhalten zeigen, und 59 Prozent bemängeln, dass Eltern nicht kooperationswillig waren. Ein Drittel der Schulleitungen stieß in den Schulministerien auf taube Ohren. In 11 Prozent der Fälle wollten die Schulbehörden von den Vorfällen nichts wissen.

In NRW wurden 35 Prozent der Lehrer nach den Aussagen von 252 Schulleitern körperlicher Gewalt ausgesetzt. NRW ist aber auch Spitze, wenn es um Kriminalität in Schulen geht. Nach einer aktuellen Auswertung des Landeskriminalamtes in Düsseldorf wurden 2017 an NRW-Schulen 22900 Straftaten gemeldet. Die Diebstähle gingen gegenüber dem Vorjahr zurück, Körperverletzungen und

Raubtaten nahmen zu. Es gab 2017 55 Fälle von Vergewaltigung und sexueller Nötigung an NRW-Schulen. Die weiteren Horrorzahlen: 440 Hausfriedensbrüche, 75 versuchte und vollendete Brandstiftungen, 150 Verstöße gegen das Waffengesetz.

Man gewinnt mehr und mehr den Eindruck, dass in unseren Schulen eine gesellschaftliche Lage gespiegelt wird, in der beängstigende Zustände die Oberhand gewinnen. Zunehmend erscheinen Schüler bewaffnet zum Unterricht, beispielsweise mit Messern – mit tödlichen Konsequenzen. 2017 mussten zwei Schüler in NRW 2017 den Schulbesuch mit dem Leben bezahlen. Einer davon, ein 14-jähriger, wurde am 24. Januar 2018 an einer Gesamtschule in Lünen von einem Mitschüler erstochen. Der 15-jährige Tatverdächtige Kasache mit deutschem Pass galt als „unbeschulbar“ und hatte zusammen mit seiner Mutter einen Beratungstermin in der Schule. Als Grund für den Mord gab der Tatverdächtige an, er habe zugestochen, weil das Opfer mehrfach provozierend zu seiner Mutter geschaut hätte. Man fragt sich, welches Frauenbild diesem Jugendlichen zu Hause beigebracht wurde, vermutlich ein sehr archaisches, das nicht in eine freie westliche Gesellschaft des 21. Jahrhunderts passt.

Im Jahr 2015 sind 640000 Kinder und Jugendliche nach Deutschland gekommen, 40000 davon alleine nach NRW. An vielen NRW-Schulen liegt der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund bei über 50 Prozent. In 932 der 2787 Grundschulen im Land stammt mindestens jeder zweite Schüler aus einer Familie mit Migrationshintergrund.

Auf 56 Schulen gehen fast ausschließlich Kinder mit einem Migrationshintergrund. Wie die WAZ schreibt, sind an 26 Duisburger Schulen deutsche Kinder die Ausnahme. An 13 Grundschulen liege der Migrantenanteil zwischen 90 und 100 Prozent; an weiteren 13 zwischen 75 bis 90 Prozent. Die Integration bulgarischer und rumänischer Kinder ins Bildungssystem stelle die Stadt vor eine große Herausforderung, neben der Aufnahme der Geflüchteten aus Syrien.

Vor einem Jahr forderte die damalige Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) in einem Gespräch mit dem Nachrichtenmagazin Spiegel die Begrenzung des Migrantenanteils in Schulklassen in den Bundesländern. Der Anteil von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund müsse möglichst ausgewogen sein. Dass die Schüler untereinander vorwiegend in ihrer Muttersprache sprächen, behindere die Integration. Wanka im Spiegel: „63 Prozent der vier- und fünfjährigen Kita-Kinder mit Migrationshintergrund sprechen zu Hause nicht Deutsch.“ Das habe Auswirkungen auf spätere Leistungen in allen Fächern und damit auf die Chance zur Teilhabe und Integration. Die Bildungsministerin forderte von Eltern fremdsprachiger Kinder eine Bringschuld. Es wäre ein Fortschritt, wenn der Staat die Bringschuld dieser eingewanderten Eltern konsequent einfordern würde – in einem Land, in dem ihnen für ihre Kinder nahezu alle Schulangebote kostenlos zur Verfügung stehen, anders als in vielen ihrer Herkunftsländer.

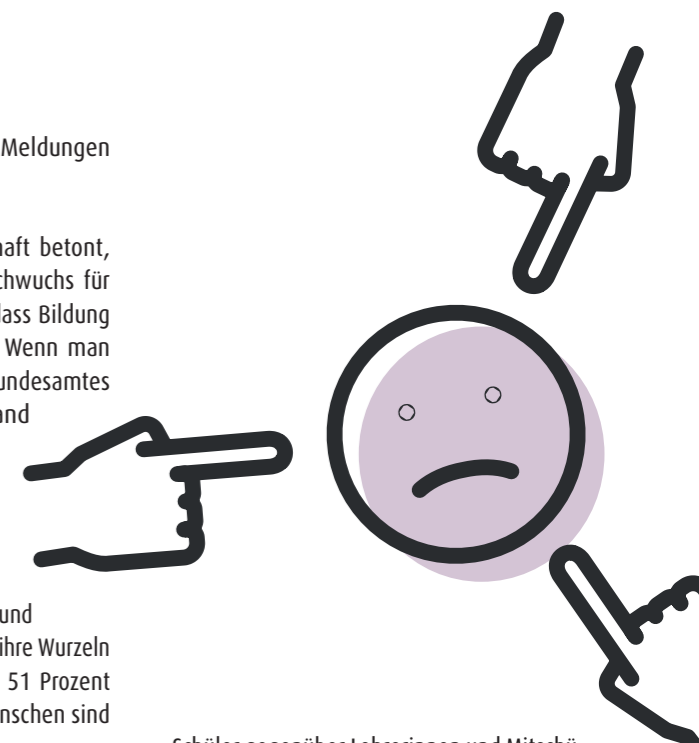
In Berlin beispielsweise sorgt das fahrlässige Verhalten eingewanderter Eltern kräftig mit dafür, dass ihre Kinder zurückbleiben. 90 Prozent der Berliner Kinder im Vorschulalter, die verpflichtet sind eine Kita zu besuchen, um Deutsch zu lernen, bleiben zuhause. 15 Monate vor Schulbeginn wird der sprachliche Entwicklungsstand der Kinder untersucht. Nachdem die Berliner Bildungsverwaltung zwischen Ende Februar 2017 und Ende Februar 2018 rund 3000 Einladungen zur „Sprachstandsfeststellung“ an Familien verschickte, deren Kinder keine Kita besuchten, erschienen nur 651 Kinder zum Sprachtest, 469 von ihnen fielen durch. Und von diesen Kindern mit erheblichen Sprachmängeln besuchten dann nur ganze 12 Prozent (56) die kostenlose, 18 Monate dauernde Sprachförderung an einer Kita, zu der sie verpflichtet sind. Wie kann es sein, dass der Staat seine Regeln gegenüber den Eltern nicht durchsetzt? Das Kindergeld kommt aber sicher in Deutschland immer

pünktlich, möchte man diese Meldungen etwas zynisch kommentieren.

Oft wird in Politik und Wirtschaft betont, dass Deutschland dringend Nachwuchs für den Arbeitsmarkt braucht und dass Bildung unser wichtigster Rohstoff ist. Wenn man die Zahlen des Statistischen Bundesamtes zugrunde legt, hat Deutschland gewaltige Kosten und Leistungen für Bildung und Ausbildung vor sich, um das Level der Migranten auf Normalniveau zu heben. Von rund 18,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund im Jahr 2016 haben 2,3 Millionen ihre Wurzeln im Nahen und Mittleren Osten, 51 Prozent mehr als 2011, rund 740000 Menschen sind afrikanischer Herkunft.

Personen mit Migrationshintergrund haben deutlich häufiger keinen Schulabschluss (9 %) als Personen ohne Migrationshintergrund (2 %) und haben zudem wesentlich häufiger keinen beruflichen Abschluss (32 % gegenüber 9 %). Eine im März veröffentlichte PISA-Sonderauswertung ergab, dass 43 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sehr schlechte Leistungen in der Schule erbringen, fast zweieinhalb mal so viele wie bei der Gruppe der Schüler ohne ausländische Wurzeln. Auch Deutschlands neuer Judenhass aus muslimischen Migrantenkreisen macht sich in Schulen breit. So wurde ein Vierzehnjähriger in Berlin von seinen muslimischen Mitschülern terrorisiert und gewürgt, bis er Todesangst bekam – weil er jüdischen Glaubens ist. Die Eltern mussten ihn von der Schule nehmen. An einer anderen Berliner Schule bedrohten muslimische Schüler eine Zweitklässlerin mit jüdischer Mutter mit dem Tod.

Der Fall der Berliner Spreewald-Grundschule machte vor kurzem Schlagzeilen, weil man dort laut Zürcher Zeitung Wachpersonal einstellen musste. Unter den Fünf- bis Elfjährigen sind Schüler, die Andersgläubige bedrohen und mit Messern zur Schule kommen. Lehrer, die über die Zeit des Nationalsozialismus unterrichten, sind mit Holocaustleugnern und mit islamisch geprägtem Antisemitismus bei Schülern aus dem Libanon, aus Syrien sowie Nordafrika konfrontiert. Durch religiöse Intoleranz fällt zunehmend auch die zahlenmäßig starke türkischstämmige Schülerschaft unter dem Einfluss Erdogans auf. Das Frauenbild im konservativen Islam erklärt das Verhalten, das männliche muslimische



Schüler gegenüber Lehrerinnen und Mitschülerinnen an den Tag legen, wenn sie diese als „Schlampen“ und Schlimmeres beleidigen. Soziologen sprechen von gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen, die die Jungen aus ihren Familien mitbringen, ein problematisches Verhalten aus einer rückständigen Kultur, das lange Zeit mit Bildungsdefiziten und geringem sozialem Status erklärt wurde. Schon im Oktober 2010 beschrieb Regina Münch in der FAZ den „islamischen Abgrenzungswahn“ muslimischer Einwanderer gegenüber westlichen Gesellschaften, in denen sie aber offenbar gut und gerne leben. Schläger und Pöbler an Hauptschulen mit mehrheitlich muslimischer Schülerschaft aus türkischen und arabischen Familien bezeichneten Schüler, die sie verprügelt hatten „als deutsches Schwein“, ihre Eltern die Lehrerin als „Faschistin“. Münch berichtet von einem Workshop der GEW zur Deutschfeindlichkeit. „Fazit: Alles nicht so schlimm. ... Nach diesem Workshop und seiner Relativierungsbotschaft begann jedes Gespräch mit Lehrern wieder entweder mit der freundlichen Absage, man dürfe darüber nicht reden oder, falls doch, bitte anonym.“ Das war vor fast acht Jahren. Aber wie soll man Probleme lösen, wenn man Sprachverbote erteilt? Richtig: Man sollte kein Kind zurücklassen, auch kein weibliches und kein deutsches. Die Toleranz gegenüber den Intoleranten muss ein Ende haben. ■

Die Autorin: Marianne Wollenweber, gelernte Politologin, ist Journalistin mit den Schwerpunkten Politik und Umwelt.

DER EU-JORDAN Compact IM PRAXISTEST

Die Supporting Syria and the Region-Konferenz 2016 in London, zu der die Regierungschefs von Deutschland, Großbritannien, Kuwait und Norwegen sowie der VN-Generalsekretär eingeladen hatten, läutete inmitten der syrischen Flüchtlingskrise einen entscheidenden Paradigmenwechsel in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit ein. Dabei wurden nicht nur neue Finanzquellen – rund zwölf Milliarden US-Dollar bis 2020 und weitere 40 Milliarden US-Dollar als Darlehen – mobilisiert, sondern der entwicklungspolitische Fokus auch auf eine längerfristige Stärkung der Resilienzen der Erstaufnahmeländer gelegt. Im Gegenzug sollte der Zugang zu Jobs und Bildung für syrische Flüchtlinge und ärmere Bevölkerungsteile in den Erstaufnahmeländern verbessert werden. Die zentralen Beschlüsse der London-Konferenz mündeten schließlich in mehrere Abkommen zwischen der EU und Erstaufnahmeländern, die als Compacts bekannt wurden. Dieser Artikel zeigt anhand des EU-Jordan Compact, inwieweit sich der vielversprechende Ansatz eines Compact in der Praxis bewährt hat.

Zentrale Komponenten des Jordan Compact

Der Jordan Compact zielt speziell darauf ab, mittelfristige Bleibeperspektiven für Flüchtlinge in Jordanien zu schaffen und Beschäftigungsmöglichkeiten für Syrer und Jordanier gleichermaßen zu erhöhen. In Jordanien sind derzeit rund 660000 syrische Flüchtlinge beim Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) registriert. Sie machen knapp sieben Prozent der jordanischen Gesamtbevölkerung aus. Im Mittelpunkt des Jordan Compact steht ein Handelsabkommen mit der EU, mit dem Ziel der Exportsteigerung jordanischer Produkte in die EU, um Umsätze jordanischer Unternehmen zu steigern und in der Folge mehr lokale Beschäftigung zu generieren. Eine Schlüsselstellung nimmt dabei die Definition der Ursprungsregeln ein, die anhand der Wertschöpfungskette festlegt, welche Produkte als Made in Jordan klassifiziert werden. Mit dem

Jordan Compact können Exportwaren fortan bis zu 70 Prozent aus nicht-jordanischen Materialien und Vorprodukten bestehen. Die Vereinfachung der Ursprungsregelungen gilt allerdings nicht vollumfänglich, da nur 52 Produktgruppen vom Abkommen erfasst werden, absatzfähige Produkte in einer von 18 ausgewählten Industrie- und Entwicklungszonen hergestellt werden und die in den Zonen ansässigen Unternehmen syrische Flüchtlinge beschäftigen müssen. Die Mindestquote syrischer Arbeitnehmer liegt derzeit bei 15 Prozent, ab 2019 bei 25 Prozent. Die jordanische Regierung flankiert den Jordan Compact mit weitreichenden Steuervergünstigungen bzw. -befreiungen für Unternehmen, die sich in einer der Industriezonen ansiedeln. Mehr als 100 Millionen US-Dollar wurden zudem in die Infrastruktur der Industriezonen investiert. Einige dieser Zonen befinden sich in direkter Nachbarschaft zum größten jordanischen Flüchtlingscamp Zaatari – ein potenzieller Standortvorteil.

Bestandsaufnahme: Was wurde durch den EU-Jordan Compact erreicht?

Zwei Jahre nach der Geberkonferenz in London fällt die Bilanz des Jordan Compact leider ernüchternd aus. Bislang haben es nur zwei jordanische Betriebe geschafft, im Rahmen des Jordan Compact in die EU zu exportieren. Sie lieferten Waren im Wert von ca. 500000 Euro nach Spanien und Zypern. Sieben weitere Unternehmen erfüllen derzeit die formalen Exportkriterien, konnten allerdings noch keinen Absatz generieren. Woran liegt es, dass der Jordan Compact bislang keine export- und beschäftigungsfördernde Wirkung entfalten konnte?

1. Wettbewerbsfähigkeit jordanischer Produkte

Ein zentraler Grund für die mäßige Bilanz des Jordan Compact ist die insgesamt wenig auf internationalen Absatz ausgerichtete jordanische Wirtschaft. Salah Isayyied, Gründer einer Beratungsfirma für jordanische Unternehmen in Deutschland, glaubt, dass Markt Vorausset-



zungen und -lücken in Europa intensiver von jordanischen Unternehmen geprüft werden müssten. Die zentrale Frage beim Jordan Compact ist, welche jordanischen Produkte sich in den geöffneten Produktkategorien auf dem EU-Markt durchsetzen können. Die Wirtschaft im ressourcenarmen Land sieht sich im regionalen Vergleich hohen Logistikkosten ausgesetzt, die die Wettbewerbsfähigkeit jordanischer Produkte systematisch untergraben. Gerade auf den kompetitiven und teilweise stark subventionierten EU-Märkten haben jordanische Produkte auch unter vereinfachten Ursprungsregeln schlechte Aussichten auf Absatz. Zudem könnte die Beschränkung auf die 52 Produktgruppen eine gravierende Markteintrittshürde darstellen. Viele der bereits erfolgreich in die EU exportierenden Unternehmen sind in der Chemiebranche, im Maschinenbau oder im Kleidungs- und Textilbereich tätig. Gerade diese Sektoren werden bislang nur teilweise vom Jordan Compact erfasst.

2. Standortbindung

Ein weiterer konzeptioneller Schwachpunkt des Jordan Compact ist die Einschränkung der vereinfachten Ursprungsregeln auf Waren, die in einer der 18 ausgewählten Industriezonen produziert werden. Damit werden in erster Linie Anreize für Neugründungen gesetzt, sich an den entsprechend geförderten Standorten niederzulassen. Für bestehende Betriebe, insbesondere für solche, die bereits erfolgreich in die EU exportieren, ist der Jordan Compact damit weitaus weniger attraktiv. Zudem ist die Infrastruktur in den Industriezonen unterentwickelt. Mehrere Betriebe klagten in den letzten Monaten über eine unzureichende Energieversorgung in ihren Zonen. So komme

es regelmäßig zu Produktionsstopps aufgrund von Stromausfällen, was die Existenz der noch jungen Betriebe zunehmend bedrohe.

3. Fehlende Anreize für Flüchtlinge
Ziel des Jordan Compact ist auch die Legalisierung bereits bestehender Beschäftigung. Insgesamt sollen 200000 offizielle Arbeitsgenehmigungen für Syrer ausgestellt werden. Bis Dezember 2017 konnten fast 73000 Arbeitsgenehmigungen für Syrer umgesetzt werden. Kritiker bemängeln jedoch, dass Genehmigungen nun teilweise doppelt gezählt würden, da nunmehr u.a. auch erneuerte Genehmigungen mitgezählt würden. Charles Simpson, Wissenschaftler beim Boston Consortium for Arab Region Studies, meint, dass die Regelungen des Jordan Compact nur unzureichende Anreize für syrische Arbeitnehmer setzen, da viele syrische Flüchtlinge bereits zuvor in der informellen Wirtschaft tätig gewesen wären. Die Nettolöhne in der informellen Wirtschaft fallen vergleichsweise hoch aus, sodass sich eine alternative legale Beschäftigung häufig nicht lohne. Zudem arbeiten viele Syrer in der nicht verarbeitenden Industrie mit flexibleren Arbeitszeiten und unter körperlich weniger schweren Arbeitsbedingungen. Auch die Beschränkung auf 18 Industriezonen lässt legale Arbeit im Rahmen des Jordan Compact für viele Flüchtlinge unattraktiv werden. Die große Mehrheit der syrischen Flüchtlinge lebt außerhalb der beiden offiziellen Flüchtlingscamps. Die 18 Industriezonen liegen hingegen meist fernab von den großen Ballungszentren. Transportkosten und -zeiten müssten folglich von den Flüchtlingen selbst getragen werden. Erschwerend kommen die Regelungen des jordanischen Arbeitsrechts hinzu, die syrischen Flüchtlingen nur erlauben, in bestimmten Berufen beschäftigt zu sein. Für geschlossene Berufsgruppen, wie etwa medizinische Berufe, Lehrer oder Ingenieure, erhalten Flüchtlinge weiterhin keine Arbeitsgenehmigung. In anderen Sektoren, wie etwa im Baugewerbe oder im Servicebereich, gibt es Inländerquoten.

4. Europäische Investitionen

Von offizieller Seite wurde mehrfach argumentiert, dass der Jordan Compact ausländische Investitionen anziehen würde. Bislang scheint jedoch kein europäisches Unternehmen Interesse bekundet zu haben, sich in den Industriezonen anzusiedeln bzw. dort zu investieren. Salah Isayyied erklärt dies mit der nach wie

vor geringen Attraktivität des jordanischen Absatzmarkts und der instabilen regionalen Lage. Es fehlen Informationen über die Investitionsvoraussetzungen vor Ort.

Fazit

Mit den Abkommen der EU mit wichtigen Erstaufnahmeländern von syrischen Flüchtlingen vollzog sich auf entwicklungspolitischer Ebene eine bemerkenswerte Kehrtwende. Dabei ging es nicht nur um die Bereitstellung finanzieller Hilfen, sondern vor allem auch um die langfristige Stärkung der Resilienzen und Absorptionskapazitäten der Erstaufnahmeländer. Dieser Paradigmenwechsel ist prinzipiell positiv zu bewerten. Doch am Fallbeispiel des Jordan Compact offenbaren sich zwei Jahre nach der ersten Geberkonferenz konzeptionelle Schwächen. Bisher wurde kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen, bestehende Jobs wurden lediglich formalisiert bzw. substituiert. Eine tatsächliche Verbesserung der Lebensumstände von Flüchtlingen und Jordaniern gleichermaßen erfordert daher vor allem ein Öffnen der Märkte und die Schaffung einer beschäftigungsfördernden Infrastruktur. Das Fallbeispiel des EU-Jordan Compact zeigt schließlich, dass Passgenauigkeit und Wirkung der Abkommen in der Realität kontinuierlich überprüft und gegebenenfalls um konkrete wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergänzt werden müssen. Andernfalls laufen die ambitionierten Compacts Gefahr, ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht zu werden.



Der Autor: Dr. Manuel Schubert ist Leiter des Regionalprogramms Golfstaaten bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Amman (Jordanien). E-Mail: Manuel.Schubert@kas.de



„Man erwartet so lange nichts von der Medizin, als bis man krank ist.“ – Was der Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz Ende des 17. Jahrhunderts formulierte, das gilt wohl noch heute. Und es gilt wohl wie für die Pflegebedürftigkeit. Man erwartet so lange nichts vom Pflegesystem, bis man pflegebedürftig wird. Ein Beitrag von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn.



Der Autor: Jens Spahn ist Bundesminister für Gesundheit.

Aber vielleicht beginnt sich das in den intensiven Debatten dieser Monate zu ändern. Pflegebedürftigkeit ist ein Thema, das jeden von uns irgendwann im Laufe des Lebens, aufgrund von Alter, Erkrankung oder einem Unfall, betreffen kann. Wenn es so kommt, sind wir vorübergehend oder möglicherweise dauerhaft auf die Hilfe und Unterstützung anderer angewiesen. Um sich darauf vorzubereiten, muss jeder Einzelne persönliche Überlegungen anstellen und Entscheidungen für sich treffen. Genauso ist aber unsere Gesellschaft als Ganzes gefragt. Denn in einer durchschnittlich älter werdenden Bevölkerung wird die Zahl der Pflegebedürftigen in unserem Land steigen. Insgesamt werden künftig mehr Menschen als heute auf Pflege und Unterstützung angewiesen sein. Die Politik muss dafür die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Dazu brauchen wir die Einschätzungen aller Beteiligten: das fachliche Knowhow aus allen Versorgungsbereichen, wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Praxis, von Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und natürlich den beruflich Pflegenden. Denn unsere Politik und die Verbesserungen im Pflegesystem sollen denen dienen, die auf Pflege angewiesen sind, und zugleich denen, die in diesem Bereich ihr berufliches Zuhause gefunden haben. Mit diesem breiten Ansatz haben wir die weitreichendsten Verbesserungen in der Altenpflege seit Einführung der Pflegeversicherung ermöglicht: mehr anerkannte Pflegebedürftige, deutlich höhere Leistungen, mehr Unterstützung auch für pflegende Angehörige und Stärkung des Personals in der Pflege. Aber das reicht noch nicht. Jetzt wollen wir weitere Verbesserungen auf den Weg bringen: bei der Krankenpflege im Krankenhaus, der Altenpflege in Pflegeeinrichtungen und bei der häuslichen Pflege.

In allen Bereichen verdanken wir eine gute pflegerische Versorgung vor allem den Menschen, die dort pflegerisch tätig sind. Das sind einerseits die vielen Angehörigen, die sich um pflegebedürftige Familienmitglieder kümmern. Nach wie vor wird ein großer Teil der Pflegebedürftigen vor allem von ihren Angehörigen versorgt. Sie leisten Enormes und spiegeln den Wunsch vieler Menschen wider, bei Pflegebedürftigkeit in ihrer häuslichen Umgebung zu bleiben. Darum sind die deutlichen Leistungsverbesserungen in der häuslichen Pflege auch so wichtig gewesen. Wir wollen diesen Einsatz weiter stärken und deshalb die Angebote und Hilfen zur Entlastung und Unterstützung pflegender Angehöriger weiter ausbauen. Wir planen außerdem, für den Fall von Pflegebedürftigkeit bessere Zugänge zu Rehabilitationsleistungen zu schaffen. Gerade in diesen Punkten wird deutlich, dass es uns darum geht, lebensnahe Fragen zu lösen und die Menschen in einer konkreten Pflegesituation und in ihrem Pflegealltag zu unterstützen. Ein wichtiger Schritt in dieser Hinsicht war bereits die Einführung eines neuen Begutachtungsinstrumentes für die Feststellung von Pflegebedürftigkeit. Neben körperlichen Einschränkungen werden nun endlich auch kognitive Beeinträchtigungen angemessen erfasst. Damit haben wir den gleichberechtigten Zugang für Menschen mit Demenz zu allen Leistungen der Pflegeversicherung erreicht. In der Folge ist die Zahl der Menschen, die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung erhalten, im vergangenen Jahr auf 3,3 Millionen Pflegebedürftige gestiegen. Das sind etwa 350000 Menschen mehr als im Vorjahr. Von ihnen erhielt fast die Hälfte zum ersten Mal Leistungen aus der Pflegeversicherung. Es ist ein wichtiges Signal: Über den Zeitraum von 2013 bis 2017 betrachtet, sind die Leistungsausgaben der Pflegeversicherung um mehr als 50 Prozent gestiegen, sowohl für die Pflege zu Hause

Pflegereform: Mit Hochdruck umsetzen

Die Senioren-Union der CDU appelliert an die Bundesregierung, die geplante Reform im Pflegebereich mit Hochdruck umzusetzen. „Die Pflegebedürftigen warten darauf, dass endlich mehr Personal in der Pflege eingesetzt wird“, sagte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, kürzlich in Berlin. Wulff verwies auf eine Umfrage des Deutschen Pflegerates, wonach 80 Prozent der Befragten die Arbeitsbedingungen und die personelle Ausstattung in Heimen und Kliniken für ungenügend halten. Die neue Bundesregierung hatte im Koalitionsvertrag die zusätzliche Einstellung von 8.000 Pflegefachkräften beschlossen. Ausdrücklich begrüßte Wulff die geplante Ausbildungsoffensive. Aus Sicht der Senioren-Union kommt es darauf an, dass die zusätzlichen Stellen sowie die höheren Gehaltstarife schnell Praxis werden. Die Senioren-Union hält weiter an der Forderung nach einem mit zehn Milliarden Euro dotierten „Masterplan Pflege“ fest, dessen Auftaktfinanzierung aus Überschüssen im Bundeshaushalt stammen soll. Höhere Kosten durch Mehreinstellungen und höhere Tarifabschlüsse dürften nicht allein über höhere Eigenbeiträge von Pflegebedürftigen oder deren Familien finanziert werden. Die Senioren-Union dringt deshalb auf eine Deckelung der Zuzahlungen.

als auch für die Pflege im Heim. Nur einen bedeutenden Fortschritt für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen will ich in diesem Zusammenhang hervorheben: Der Eigenanteil für Pflegeleistungen in einem Heim wurde vereinheitlicht, das heißt, selbst wenn Hilfe- und Pflegebedürftigkeit zunehmen und deshalb der Pflegegrad steigt, gilt inzwischen, dass nicht auch die finanzielle Eigenbeteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner zunimmt.

Pflege gelingt andererseits nur dank der vielen Menschen, die in der Pflege ihr berufliches Zuhause haben. Das sind übrigens jedes Jahr mehr. Und doch ist ihre Arbeitsbelastung in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Viele Pflegekräfte berichten mir, dass sie zu oft ihrem eigenen Anspruch nicht mehr gerecht werden können, weil sie zu wenig Zeit für die Patienten und Pflegebedürftigen haben. Und sie glauben nicht daran, dass wir Politiker wissen, was los ist, und wir die Kraft aufbringen, etwas daran zu ändern. Doch wir sind uns darin einig: Wollen wir Verbesserungen in der Pflege, brauchen wir auch Verbesserungen für das Personal in der Pflege. Deshalb sind wir auch dabei, die Ausbildung für die Pflegeberufe zu modernisieren und die beruflichen Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal zu verbessern. Wir haben dazu im Koalitionsvertrag ein erstes Sofortprogramm vereinbart, mit dem zusätzliche 8000 Stellen in der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeheimen finanziert werden. Aber ich will mehr. Mein Ziel ist, dass in jeder der 13000 stationären Altenpflegeeinrichtungen in Deutschland zusätzliches Personal ankommt. Und auch den Krankenhausbereich haben wir in diesem Zusammenhang im Blick. Es ist falsch, auf Kosten der Pflegenden zu sparen. Um den Kliniken die Sorge zu nehmen, dass sie mehr Pflege zu viel kostet, soll dort künftig jede neue Pflegestelle komplett von den Krankenkassen bezahlt werden. Durch eine bessere Personalausstattung sowohl im Krankenhausbereich als auch in der Altenpflege sorgen wir dafür, dass die Menschen, die in der Pflege tätig sind, ihre Arbeit gut und motiviert ausüben können. Mehr Zeit für die Pflege – darum geht es.

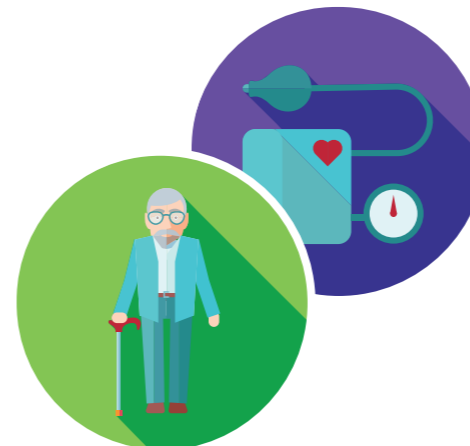
Einige Fortschritte können wir erfreulicherweise bereits feststellen: So arbeiten in den stationären Einrichtungen der Altenpflege heute doppelt so viele Betreuungskräfte wie vor vier Jahren. 60000 Betreuungskräfte – da-

hinter stehen anders gesagt beeindruckende 1800000 zusätzliche Wochenstunden mehr Zeit für Angebote wie gemeinsames Musizieren, Gespräche oder „einfach da sein“ für die Menschen. Die Kosten dafür trägt allein die Pflegeversicherung. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass künftig ein sogenanntes Personalbemessungsverfahren verbindliche Maßstäbe vorgeben wird, wie viel Personal für eine fachlich fundierte Personalausstattung der Pflegeeinrichtungen angemessen ist. Dieses wissenschaftliche Verfahren soll innerhalb der nächsten zwei Jahre entwickelt werden. Für den Krankenhausbereich arbeiten zudem gegenwärtig die Verbände von Krankenhäusern und Krankenkassen an einem neuen Verfahren zu sogenannten Pflegepersonaluntergrenzen, welches vorgibt, wie viele Pflegenden mindestens zu welchen Zeiten für die Patientinnen und Patienten in den Kliniken da sein müssen, zum Beispiel gerade im Hinblick auf die Pflegesituation in der Nacht oder in besonderen Bereichen wie der Intensivstation.

Verbesserungen für das Personal in der Pflege heißt aber genauso: Für gute Pflege muss es auch gute Bezahlung geben. Es kann nicht sein, dass Pflegekräfte zwar zunehmend begehrt sind, aber die Bezahlung trotzdem hinterherhinkt. Deshalb packen wir auch dieses Thema an. Inzwischen können alle Pflegeeinrichtungen Vergütungen bis zur Höhe von Tariflöhnen in den Pflegesatzverhandlungen immer in vollem Umfang geltend machen. Und es ist ein Auge darauf, ob das Geld auch tatsächlich beim Personal ankommt. Im Bereich der Altenpflege geht es nun darum, dass möglichst flächendeckend Tariflohn gezahlt wird. Das haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, und das setzen wir jetzt um. Ein weiterer Schlüssel für die Aufwertung des Pflegeberufes liegt in einer größeren gesellschaftlichen Wertschätzung dieser oft kräftezehrenden Arbeit. Wenn die Pflegekräfte hierzulande sagen können, ich fühle meine Arbeit allgemein wertgeschätzt, ich werde angemessen bezahlt und ich habe wieder mehr Zeit für die Patienten, dann bleibt dieser Beruf attraktiv und Menschen entscheiden sich für ein berufliches Zuhause in der Pflege. Das wäre eine gute Entscheidung, denn mit der Zahl der Pflegebedürftigen in unserer Gesellschaft wird zugleich der Bedarf an pflegerischer Versorgung zunehmen, und wir werden künftig mehr Menschen brauchen, die in der Pflege arbeiten. Pflege ist eine Zukunftsbranche.

Für eine bessere Pflege

WEICHENSTELLUNGEN IN DIESER LEGISLATURPERIODE





Damit es für den Pflegemarkt und offene Pflegestellen ausreichend geeignete Bewerberinnen und Bewerber gibt, müssen wir die Ausbildung weiter stärken. Bereits durch die erste „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ mit Beginn im Jahr 2012 stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Altenpflege deutlich. Wir knüpfen daran an und starten deshalb in dieser Wahlperiode eine weitere Offensive dieser Art.

Mit Blick auf die Zukunft müssen wir in eine moderne Ausbildung investieren, die auf der Höhe der Zeit ist und einen Anreiz darstellt, sich für einen Pflegeberuf zu entscheiden. Dafür haben wir mit dem Pflegeberufereformgesetz gesorgt. Die Einzelheiten zu den Ausbildungsinhalten und Prüfungen wird nun eine Verordnung regeln, die ich als meine ersten Amtshandlungen als Gesundheitsminister auf den Weg gebracht habe. Die Länder, Pflegeschulen, ausbildenden Einrichtungen und Krankenhäuser erwarten sie dringend für die Umsetzung des Gesetzes in die Praxis, und die Auszubildenden brauchen sie für die Planung ihres beruflichen Werdegangs. Die modernisierte Ausbildung schafft für alle Vorteile: Sie trägt für die Patienten und Pflegebedürftigen zu einer hohen Qualität in der pflegerischen Versorgung bei und schafft zudem für die professionell Pflegenden durch ein modernes und durchlässiges Pflegebildungssystem neue Chancen auf Aufstieg, Wechsel und Weiterbildung. Das trägt ebenfalls deutlich zur Attraktivität der Ausbildung bei.

Künftig wird es zudem neben der fachschulischen Ausbildung noch ein berufsqualifizierendes Pflegestudium geben. Einerseits eröffnet dies weitere neue Berufs- und Aufstiegsmöglichkeiten und spricht darüber hinaus neue Zielgruppen an, einen Pflegeberuf zu ergreifen. Andererseits sorgt es dafür, dass wissenschaftliche Pflegekenntnisse noch besser Eingang in die tägliche Pflegepraxis finden.

Für mehr Personal in der Pflege können wir schließlich außerdem sorgen, indem wir die zurückholenden, die aufgrund von Überlastung oder Frust aus dem Beruf ausgestiegen sind. Schließlich sind das wertvolle Erfahrungen und Wissen aus dem Pflegealltag, die wir damit in die Pflege zurückbringen können. Mit diesem Ziel soll es ein Programm zum Wiedereinstieg in den Beruf geben, Angebote zur Weiterqualifizierung für Pflegehelfer zu Pflegefachkräften und neue Anreize für eine bessere Rückkehr von Teil- in Vollzeit. Dazu gehört ebenso ein Programm für Pflegekräfte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Über alle diese Punkte werden wir in der Konzierten Aktion Pflege sprechen. Es ist ein Gesamtpaket, an dem wir arbeiten, um die Pflege wieder attraktiver zu machen.

Wir haben uns viel vorgenommen: Für alle Pflegebedürftigen und Patienten in unserem Land, für ihre Angehörigen und für alle professionell Pflegenden. Es geht um Verbesserungen für erkrankte Menschen und für die heutige ältere Generation, aber auch für die jüngeren, die heute vielleicht einen Beruf in der Pflege ergreifen und eines Tages ihrerseits auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind.

Solche Verbesserungen – auch das muss gesagt und allen bewusst sein – kosten. Wir müssen in offenen Debatten immer wieder miteinander klären, wie viel wir dafür bezahlen wollen, und vor allem, wie viel an dauerhaften Kosten wir der jüngeren und den kommenden Generationen aufzuerlegen verantworten können. Im Fall der Pflege nehme ich einen breiten Konsens für Mehrausgaben wahr. Aber wir müssen als Gesellschaft darüber im Gespräch bleiben. Daran, wie wir Pflege organisieren, zeigt sich, ob wir es schaffen, im demografischen Wandel eine menschliche Gesellschaft zu bleiben. Es liegt eine große Chance darin für das Miteinander der Generationen. Gute Pflegepolitik stärkt den Zusammenhalt in unserem Land.

Leserbriefe

Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns: **Senioren-Union der CDU Deutschlands, Leserbriefe, Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.** Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

30 Jahre Senioren-Union

Zur Souverän 1-2018, S. 4-11

Neben einer Tasse Kaffee und einem Gebäck namens Bienenstich habe ich die Souverän 1-2018 aufgeschlagen. Im Unterschied zu vielen anderen Druckerzeugnissen widme ich meine Aufmerksamkeit dem Leitartikel. Weshalb? Weil, ja weil Sie des Schreibens mächtig sind und jede Menge gute Gedanken Ihrer Feder entspringen. Doch werden diese auch gehört, fallen sie auf einen fruchtbaren Boden? Das Souverän-Deckblatt: „Zukunft braucht Erfahrung – 30 Jahre und kein bisschen leise“. Ein Beispiel: Jüngst fanden in meinem CDU-Kreisverband Vorstandswahlen statt, alle Stimmzettel enthielten vorgedruckte Bewerber. Der Mitgliederanteil zwischen 61 und älter liegt bei 53 %, bei 66 und älter bei 44 %. Sie sagten, man braucht Erfahrung. Hier jedoch Fehlanzeige. Niemand (in diesem Alter) fand Platz im Vorstand. Man will die Älteren nicht, sie sind entbehrlich, jedoch nicht bei allfälligen Wahlen und als Beitragszahler. So sieht es aus, das ist Realität. Behalten Sie unermüdlich Ihren Kurs!

Rudolf W. Göser, 88214 Ravensburg

Auch ich bin dankbar, dass ich dank des Einsatzes der CDU ein zufriedener Pensionär bin. Aber in gewisser Weise habe ich doch ein schlechtes Gewissen angesichts der Folgen unserer politischen Tätigkeit. Wir hinterlassen gemeinsam unseren Enkeln hochgiftigen Atom Müll, den sie versorgen müssen. Und traurig sehe ich das Sterben des tropischen Regenwalds, das Schmelzen des arktischen Eises, die Verringerung der Artenvielfalt, die steigende Verringerung der freien Fläche in Deutschland (laut Koalitionsvertrag täglich 30 Hektar erlaubt und vorgesehen), die gewaltige Luftverschmutzung und das tägliche Verkehrschaos. Nichts davon in der Nummer zum 30-jährigen Bestehen der Senioren-Union.

Gustav Bächler, 74354 Besigheim

Glyphosat – ein Risiko?

Zur Souverän 1-2018, S. 24-26

Der Verfasser schildert über drei Seiten, wie wunderschön gefahrlos seiner Überzeugung

nach der weltweite Einsatz von Glyphosat ist, wenn alle Vorschriften eingehalten werden. Aber welcher Landwirt oder Gartenliebhaber beachtet schon alle Verwendungsvorschriften genauestens? Immer wieder hört oder liest man auch, dass Glyphosat Einfluss auf das Nervensystem von Tieren hat. Was nützt es (z.B.), wenn eine Biene das aufgenommene Gift „nach kurzer Zeit wieder ausscheidet“, in dieser „kurzen Zeit“ aber den Weg zurück zu ihrem Bienenkorb endgültig vergessen hat? Diese und ähnliche Bedenken ignoriert der Verfasser. Hierzu scheint es nicht die richtigen Gutachten zu geben. Auch sonst scheint auch er nicht zu fragen, wer ein Gutachten bezahlt. Kurzfristige Erfolge in der Landwirtschaft (höhere Erträge, mehr Gewinne) schaden der langfristigen Ernährung aller Menschen. Prof. Dr. Wolfgang Merbach mag ein sehr erfahrener Wissenschaftler auf dem Gebiet der Ernährung von Pflanzen sein. Sein Artikel „Glyphosat – ein Risiko?“ ist nach meinem Empfinden unverantwortlich einseitig und tendenzbelastet.

Helmut Rabanus, per E-Mail

Prof. Dr. Merbach hat nachvollziehbar dargelegt, warum Glyphosat in zulässigen Mengen kein Gift

ist. Leider widmet er dem Abschnitt Artenvielfalt nur wenige Worte. Dabei ist doch erkennbar, dass Glyphosat den Monokulturen nützt und dass diese Monokulturen das Nahrungsangebot für Insekten und Bienen verringern. Hierzu vermisse ich eine aktuelle CDU-Position.

Dr. Rudolf Behrendt, 89518 Heidenheim

Afrika muss lernen, auf eigenen Füßen zu stehen

Zur Souverän 4-2017, S. 9

Diesen Artikel habe ich mit besonderem Interesse gelesen. Meine frühere Arbeit im Exportbereich eines großen Unternehmens brachte mich oft auch mit schwarzafrikanischen Partnern zusammen. Die berichteten übereinstimmend, dass es den Völkern in Afrika unter der Kolonialverwaltung besser ging als heute in der Unabhängigkeit. ... Jetzt werden die Menschen oft von ihren eigenen Landsleuten brutal abgezockt oder müssen in jahrelangen Stammeskämpfen ihr Leben lassen. Kinder als Soldaten einzusetzen ist allgemeiner Brauch. Waffen und Gerät werden bereitwillig von verschiedenen Ländern außerhalb Afrikas geliefert. Zur Bezahlung nimmt man Rohstoffe, weit unter Weltmarktpreis ...

Der Meinung von Frau Bogul, maximal zehn Prozent der Entwicklungshilfe komme bei der Bevölkerung an, kann ich nur zustimmen. Außer den Bürgerkriegen werden immer mehr Ackerflächen mit Ölpalmen bepflanzt, notfalls werden auch Wälder abgebrannt. Die Bauern haben keine Felder mehr; wovon sollen sie denn leben? Also macht man sich auf nach Europa. ... Wie verzweifelt müssen Menschen sein, wenn sie in die Boote steigen, sicher wissend, dass sie die Überfahrt eventuell nicht überleben werden? ... Vollmundig fordern die Politiker, man müsse in Afrika die Ursachen der Fluchtbewegung beseitigen. Man liefert aber immer weiter Waffen und nimmt dafür billige Rohstoffe, und man wird auch noch mehr Ölpalmen-Plantagen anlegen. Diese werfen nur einige Jahre lang Gewinn ab. Dann werden die Flächen aufgegeben und mit den ausgelaugten Böden können die Bauern nichts anfangen. Die UNO, die einst gegründet wurde, um Kriege zu vermeiden, hat sich als zahnloser Papiertiger entpuppt. ... Heute gibt es weltweit mehr Kriege als je zuvor. Fazit: Man wird weder die vielen Kriege noch die Flüchtlingswellen in den Griff bekommen.

Fred Bannwarth, 66693 Mettlach-Orscholz



SCHNUPPERWOCHE

Erleben Sie entspannte Wohlfühlmomente in Bad Füssing und entdecken Sie das kraftvolle Heilwasser der Johannesbad Therme. In den fünf Johannesbad Hotels erwarten Sie bayerische Herzlichkeit, stilvolles Ambiente und Genuss pur.

BUCHUNGSCODE JB-86 18

- 7 x Übernachtung
- 7 x Frühstück
- 7 x Abendessen
- 7 x Eintritt in die Johannesbad Therme
- 7 x Eintritt in die Johannesbad Saunalandschaft
- 3 x Massage (je 20 Min.)
- Johannesbad Hotels Wohlfühlleistungen

Johannesbad Thermalhotel Ludwig Thoma	ab 629,- €
Johannesbad Hotel Königshof	ab 579,- €
Johannesbad Hotel Phönix	ab 519,- €
Johannesbad Vitalhotel Jagdhof	ab 499,- €
Johannesbad Hotel Füssinger Hof	ab 489,- €

Preise pro Person im Standard DZ zzgl. Kurtaxe und ggf. Parkplatzgebühr und Tischgetränkepauschale

Info & Buchung

+49 8531 – 23 2909 oder info@johannesbad-hotels.com

www.johannesbad-hotels.com

Johannesbad Hotels Bad Füssing GmbH | Johannesstr. 2 | 94072 Bad Füssing



Telemedizin wird im Zusammenhang mit der Qualität der Patientenversorgung in Deutschland zu einem immer wichtigeren Thema. Die stellvertretende Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Heidi Exner, sprach für die Souverän mit Dr. Daniel Overheu (l.), dem ärztlichen Leiter der Telemedizin am Klinikum Oldenburg, und Stephan Albani, CDU-MdB für Oldenburg und das Ammerland, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Telemedizin

/ IST MEIN ARZT BALD EIN *Computer*-BILDSCHIRM?



Souverän: Herr Dr. Overheu, sind Offshore-Anlagen wichtiger als Rentner?
Overheu: Auf keinen Fall, warum?

Die Telemedizin wird in Deutschland zwar noch kritisch beäugt. Bei Ihnen wird Sie jedoch schon eingesetzt, allerdings zurzeit nur für technische Anlagen auf hoher See. Warum ist das so?

Overheu: Hier war die Ausgangslage in der Nord- und Ostsee eine ganz andere als an Land. Hinter der Zwölf-Meilen-Zone endet das deutsche Staatsgebiet und die ausschließliche Wirtschaftszone Deutschlands beginnt. Hier haben die Firmen ihre Offshore-Windparks erbaut. Das heißt, wir konnten die sehr strikte deutsche Gesetzeslage zur Fernbehandlung schon frühzeitig ab 2014 in diesem Bereich zu großen Teilen außer Acht lassen. Mitten in der Nordsee ca. 150 km vom Festland entfernt ist alles andere als Telemedizin einfach nicht denkbar. Außerdem sind es hier die Firmen, die für die Sicherheit ihrer Arbeiter eine Telemedizinversorgung beauftragen. Somit sind wir auch nicht an die Regularien einer Entgeltabrechnung über Krankenkassen gebunden, sondern werden in diesen Projekten rein industriefinanziert.

Wie konkret muss man sich die Telemedizin am Beispiel vorstellen? Stellt die Technik die ersten Daten und Diagnose oder übernimmt am Ende der Computer die Entscheidung, was passiert?

Overheu: Davon sind wir weit entfernt. Die technische Infrastruktur ist nur ein Vehikel, um die Erfahrung des ärztlichen Experten direkt zum Patienten zu bringen. Durch die Live-Übertragung von zum Beispiel Herzfrequenz und Puls sowie Blutdruck und Sauerstoffgehalt bekommen sie zusammen mit einem Live-Bild vom Patienten schon extrem viele Informationen in Echtzeit. Diese bewertet am anderen Ende immer ein Arzt aus Fleisch und Blut, genauso wie vor Ort ein erfahrener Notfallsanitäter die Therapie des Arztes dann umsetzt. Sie machen also im Endeffekt nichts anderes, als dass sie den ärztlichen Experten über eine Datenleitung zum Patienten ans Bett bringen.

Was also sind die Vorteile der Telemedizin? Was sind Ihre konkreten Erfahrungen aus Ihren ersten Modellversuchen?

Overheu: Der große Vorteil von Telemedizin ist, dass ärztliche Expertise universell verfügbar wird. Dort, wo Sie einen Arzt mit

seinem Fachwissen brauchen, können Sie ihn quasi auf Knopfdruck dazuschalten. Dieses System findet eine hohe Akzeptanz bei den Offshore-Arbeitern und vermittelt selbst fern der Heimat ein hohes Maß an Sicherheit. Das ist für die Firmen genauso wichtig wie für die Menschen auf See, denn auch dort sind qualifizierte Facharbeiter rar und die Unternehmen tun viel für die Gesundheit und Zufriedenheit ihrer Arbeiter.

Herr Albani, welche Rahmenbedingungen muss Politik in den kommenden Jahren erfüllen, damit die Telemedizin zur Erfolgsgeschichte wird?

Albani: Wenn die Zukunftstechnologien, über die wir jetzt sprechen, den Menschen einen elementaren Nutzen bringen können, müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Technik dafür auch in der Fläche zur Verfügung steht. Und nicht zuletzt müssen wir sicherstellen, dass die neuen Methoden Eingang in die Ausbildung, das Studium und die Weiterbildung finden. Natürlich müssen wir darüber hinaus mutig in Forschung investieren, die Digitalisierung vorantreiben, Funklöcher schließen und „weiße Flecken“ auf Landkarten mit schnellem Internet versorgen.

Herr Dr. Overheu, sind Sie damit einverstanden oder gibt es weitere Wünsche an die Politik?

Overheu: Herr Albani hat hier eines unserer Kernanliegen angesprochen. Dort, wo Sie Telematik einsetzen wollen, benötigen Sie auch eine Internetverbindung. Dass Deutschland hier immer noch so viele weiße Flecken aufweist, ist nicht akzeptabel. Ergänzend möchte ich hinzufügen, dass natürlich auch die Finanzierung solcher innovativen Ansätze gesichert sein muss. Die heutigen Positionen in den Gebührenordnungen der niedergelassenen Ärzte sind keinerlei Anreiz, Videosprechstunden oder ähnliche Verfahren zu etablieren. Hier bekommen die Kolleginnen und Kollegen vielleicht gerade einmal ihre Sachkosten refinanziert. So kann man digitalen Fortschritt sicher nicht in die Fläche tragen. Und abschließend fehlt uns immer noch ein nationaler Standard, wie wir digitale Gesundheitsdaten austauschen wollen zwischen verschiedenen Systemen. Die Kollegen der Radiologie haben es uns mit DICOM vorgemacht. Heute können sie jede CD von einer Röntgenuntersuchung einem anderen Arzt in die Hand geben und er kann damit arbeiten. Einen ähnlichen nationalen, vielleicht sogar internationalen Standard muss es zwingend für Gesundheitsdaten auch geben.

Der neue Gesundheitsminister Jens Spahn hat vorgeschlagen, eine Onlinesprechstunde für Ärzte einzuführen. Er verweist hierbei auf Studien, wonach bis zu 70 Prozent der Arztbesuche einfache Klärungsfragen sind. Er sagt: „Wir würden lediglich den Alltag vieler Menschen leichter machen.“ Stimmen Sie ihm zu?

Albani: Da kann man ihm zumindest zum Teil zustimmen. Vor allem wären es ein Zeitgewinn und eine Schonung von Ressourcen von Patient und Arzt gleichermaßen. Der Hausarzt beispielsweise kann direkter bei klaren Fällen an einen zuständigen Facharzt verweisen. Man muss jedoch vorsichtig sein, dass man sich nicht blindlings auf den „Online-Doc“ verlässt. Eine umfassende Untersuchung auch der psychosomatischen, also seelische Ursachen von Krankheiten, sind nur bei persönlichem Kontakt möglich.

Overheu: Hier möchte ich sehr zustimmen. Viele Fragen ließen sich sicher und auch ärztlich kompetent in einer Videosprechstunde lösen. Hier sind dann die Berufspolitik und die Fachverbände gefragt, Leitlinien zu erarbeiten, was telemedizinisch möglich und was klar abzulehnen ist. Eins ist aber auch klar: Telemedizin exportiert nur die Expertise

des Arztes. Wir werden auch in Zukunft jede einzelne Hand eines Arztes dringend brauchen, denn das wirkliche „Handeln“ am Patienten ist unersetzlich.

Die Digitalisierung ermöglicht jedoch nicht nur Telemedizin, sondern verändert das gesamte Verständnis der Gesundheitsversorgung. Die wohl entscheidende Rolle spielt der Umgang mit Daten.

Die sollen bald auf der „Elektronischen Gesundheitskarte“ gespeichert sein. Werden Patienten so zum gläsernen Bürger?
Albani: Halt! Auf der Karte wird nicht gespeichert. Sie ist ein „Schlüssel“, der den Zugang zu einem System, am Ende einem Computer, herstellt, auf dem die Daten hinterlegt sind. Diese Daten sind durch moderne Technik und intelligente Sicherheitssysteme zu schützen, dies ist unsere Aufgabe. Das müssen wir gewährleisten. So wie auch heute schon jede Klinik und jede Praxis die Daten der Patienten – früher nur als Papier-Akte, heute zunehmend als digitale Daten – zu schützen haben. Der Patient wird nicht gläsern, sondern der Zugriff auf bereits erhobene Daten wird möglich.

Overheu: Sicherheit und Datenschutz beherrschen hier die Diskussion. Das ist auch notwendig. Nur sollten wir uns nicht in der Entwicklung von einer völlig übertriebenen Angst vor Datenmissbrauch fehlleiten lassen. Schon heute könnte auch jedem Arzt oder Krankenhaus eine Papierakte gestohlen werden. Genau, damit das nicht passiert, müssen


Sicherheitsregeln eingehalten werden. Dies gilt natürlich in gleicher Weise in der digitalen Welt.

Deutschland tut sich historisch schwer mit Veränderungen. Wie ist das in anderen Ländern mit der Telemedizin?

Overheu: Unsere europäischen Nachbarn hatten da deutlich mehr Mut zur Veränderung. Insgesamt merkt man aber gerade jetzt auch in der Ärzteschaft eine Aufbruchsstimmung. Man darf auf die Beschlüsse des kommenden Ärzteskongresses gespannt sein.

Zurück zu unseren Breitengraden. Wird man die verschiedenen Regionen in unserem Land gleich gut mit Telemedizin versorgen können? Gibt sie die Antworten auf die Fragen strukturschwacher Regionen und des demografischen Wandels?

Albani: Ich möchte die Telemedizin nicht als Lösung für demografische Fragestellungen, die Probleme strukturschwacher Regionen oder einen Ärztemangel sehen. Hier kann sie zwar helfen, aber Lösungen sind anderweitig zu finden: Wir müssen mehr Ärztinnen und Ärzte ausbilden bzw. wir müssen strukturschwache Regionen stärken. Die Telemedizin ergänzt insofern, sie kann Aufwand reduzieren und Abläufe vereinfachen.


Overheu: Ich kann es nur noch einmal betonen: Jede Ärztin, jeder Arzt sind für uns extrem wichtig. Telemedizin kann nur Expertise zur Verfügung stellen. 

Pilotprojekt in Bremen: „Postalische“ Hausbesuche

Das klingt nach einer gutgemeinten Aktion. In Bremen machen Briefträger seit Mai auch Hausbesuche bei Rentnern. Damit will die Deutsche Post ältere Bremer dabei unterstützen, länger in ihren eigenen vier Wänden zu leben. Zu den kostenpflichtigen (!) Dienstleistungen gehört etwa, dass die Postboten nach der Befindlichkeit fragen, aber auch über Hilfsdienste der Wohlfahrtsverbände informieren und Bargeld vorbeibringen. Der Service ist Teil eines Pilotprojekts der Stadt Bremen zur Unterstützung gebrechlicher älterer Menschen.

„Post persönlich 2.0“ nennt sich das Modellprojekt, das in ausgewählten Stadtteilen begonnen hat. Die Männer und Frauen in den gelbblauen Jacken sollen auf jeder

ihrer Touren bei den Projektteilnehmern klingeln und kurz fragen, ob alles in Ordnung ist. Wenn niemand öffnet oder wenn die Klienten um Hilfe bitten, dann rufen die Zusteller beim Johanniter-Hausnotruf an und bitten ihn, sich um den Fall zu kümmern. Das Pilotprojekt soll bis Ende 2019 dauern. Ein Wissenschaftler begleitet das Projekt und wertet anschließend aus, welche Dienstleistungen ältere Menschen wirklich haben möchten.

Ob die Briefzusteller neben ihrem täglichen Pensum auch diese soziale Komponente befriedigend erfüllen können, wird sich zeigen. Souverän wird in einigen Monaten nach ersten Erfahrungen fragen und Stimmen zu diesem Pilotprojekt einholen. 

Hamburg

NEUE LANDESVORSITZENDE



Dr. Herlind Gundelach

Auf der Landesdelegiertenversammlung der Senioren-Union Hamburg am 23. März 2018 wurde Dr. Herlind Gundelach als Nachfolgerin der aus dem Amt scheidenden, langjährigen Vorsitzenden Hermine Hecker zur neuen Landesvorsitzenden der rund 400 Mitglieder starken Senioren-Union der Freien und Hansestadt Hamburg gewählt. Ihre politische Laufbahn begann Dr. Gun-

delach als Referentin in der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und als Persönliche Referentin des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft Anton Pfeifer (CDU). Danach wechselte sie zurück zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Geschäftsführerin der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft. Dann übernahm sie die Position einer Referatsleiterin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Nach der Landtagswahl in Hessen 1999 wurde Dr. Herlind Gundelach zur Staatssekretärin im Hessischen Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten ernannt. Ab dem Mai 2008 war Frau Dr. Gundelach dann Senatorin für Wissenschaft und Forschung in Hamburg. Bei der Bundestagswahl 2013 zog sie über die Hamburger Landesliste in den Bundestag ein, dem sie bis 2017 angehörte. Dort war sie ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Außerdem war sie stellvertretende Ausschussvorsitzende im Ausschuss für Kultur und Medien und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie stellvertretendes Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

Grundsatzprogramm der Senioren-Union

VOLL IM ZEITPLAN

Die Formulierung der programmatischen Grundsätze der Senioren-Union kommt voran. Im April kam es zu einer ersten Beratung des in den letzten Monaten erarbeiteten Entwurfs im Gesamt-Bundvorstand. Bis zum 18. Mai konnten interne Impulse an die Bundesgeschäftsstelle gemeldet werden. Ende Juni wird der Bundesvorstand nun eine abschließende Fassung des Grundsatzprogramms beraten, die als Leitantrag für die 17. Bundesdelegiertenversammlung im November in Magdeburg zur Abstimmung gestellt wird. Die Grundsätze bestehen aus kurzen, teils abstrahierten

Formulierungen, auf deren Basis nach Beschluss der Grundsätze und erst darauf folgend tagespolitische, detailliertere Positionen zu einzelnen Themen und Sachfragen erarbeitet und formuliert werden können bzw. sollen. Die Grundsätze der Senioren-Union stellen eine Ergänzung des (neuen) CDU-Grundsatzprogrammes dar und fokussieren sich auf senioren- und zielgruppenspezifische Themenkomplexe.



Thema Heimat

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE

Heimat ist wieder ein Thema, nicht erst, seit Horst Seehofer dem Innenministerium die Zuständigkeit für ebendieses hinzufügen konnte. Schließlich ist Deutschland ein Land mit großer Vielfalt und unterschiedlichen Traditionen – in ländlichen Regionen ebenso wie in Städten und Ballungsräumen. Der Erhalt unserer Heimat und der Schlüsselfaktor Bildung sind nach Auffassung der Senioren-Union der beste Schutz vor populistischem Extremismus. Daher muss es möglich sein, überall in Deutschland gleichwertigen Zugang zu Bildung, Arbeit, zu öffentlicher Infrastruktur und zu Leistungen der Daseinsvorsorge zu haben, damit ganz Deutschland lebenswert ist und bleibt.

Konkret heißt das beispielsweise: Ländliche Räume sind zu fördern, die Daseinsvorsorge zu stärken und leistungsfähige, gut erreichbare Krankenhäuser in der Fläche sowie eine gute und gleichwertige medizinische Versorgung in Städten und Dörfern aufrechtzuerhalten. Der liniengebundene öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) soll unterstützt und eine zentrumsnahe, barrierefreie und über möglichst kurze Wege verbundene Infrastruktur von Fernverkehr und ÖPNV ausgebaut werden.

Die Positionen der Senioren-Union zum Thema Heimat finden Sie auf der Homepage www.senioren-union.de. Ein Flugblatt dazu kann auch bestellt werden bei der Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union, Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.

Deutscher Seniorentag

SENIOREN-UNION STÖSST DISKUSSIONEN AN



Eine zentrale Veranstaltung unter Federführung der Senioren-Union während des Seniorentages der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) führte unter Moderation von Jan Peter Luther, Bundesgeschäftsführer der Senioren-Union, eine interessante Podiumsrunde zusammen. Zum Thema „Zukunft des Alters – Alter in der Zukunft“ standen Fragen der Gesundheitsversorgung und der Pflege im

Vordergrund. Insbesondere Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, sprach sich dabei in der ihm eigenen deutlichen Art u.a. für eine sog. „Landarztquote“ aus. Studenten, die sich für eine spätere Tätigkeit im ländlichen Raum verpflichten, sollen danach bei der Vergabe von Studienplätzen vorrangig berücksichtigt werden. Mit ähnlichen Projekten wollen auch Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die flächendeckende ärztliche Versorgung verbessern. Die weiteren Teilnehmer des Podiums, Dorothee Remmler-Bellen, stellv. Vorsitzende des Berufsverbandes der Präventologen e.V., Magdalena Eilers, Projektmanagerin der ARONA Klinik für Altersmedizin in Berlin und Dr. med. Fred-Holger Ludwig, Bürgermeister in Bad Bergzabern und Landesvorsitzender der Senioren-Union

der CDU Rheinland-Pfalz, hoben in ihren jeweiligen Statements u.a. die Bedeutung und die Möglichkeiten von Prävention – auch im Sinne von Eigenverantwortlichkeit – hervor. Der Pflegegrundsatz „ambulant vor stationär“ müsse hinterfragt werden. Gesundheitspolitik müsse immer eine Politik zugunsten der Bürger bzw. der Patienten sein. Gesundheitspolitik und Sozialpolitik müssten daher eng aufeinander abgestimmt werden. Eine weitere Gesprächsrunde, gemeinsam organisiert von Senioren-Union und dem Pharmakonzern Pfizer in Form eines Arbeitsfrühstücks beim Seniorentag der BAGSO in Dortmund, hatte sich die Frage gestellt: „Was sind die größten Herausforderungen im Bereich Prävention?“ Mit dem Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention, dem sog. Präventionsgesetz, seien eine Reihe wirksamer Maßnahmen bereits vereinbart worden. Dieser Weg müsse konsequent fortgesetzt werden.



EINE TRENNUNG KANN AUCH ENTSPANNT ABLAUFEN.



Im echten Leben sind Trennungen eher problematisch. Beim Recycling von Getränkekartons ist das völlig anders.

Mehr erfahren Sie unter karton-natürlich.de

KARTON, NATÜRLICH!

Das Umweltbundesamt empfiehlt den Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch vorteilhaften Getränkekartons.

Eine Initiative des Fachverbandes Kartonverpackungen für flüssige Nahrungsmittel e.V.

EUROPA VERDIENT UNSER ENGAGEMENT

Eindrücke von einer ESU-Regionalkonferenz in Aachen

Aachen ist in vieler Munde: Kurz bevor wie jährlich am 10. Mai im Rathaus der Karlspreis verliehen wurde – diesmal an Emmanuel Macron – sahen sich in den historischen Mauern Teilnehmer einer Regionalkonferenz der Europäischen Senioren Union um. Freundlich begrüßt, zog die Erste Vizebürgermeisterin Dr. Margarethe Schmeer eine positive Bilanz städtischer Politik. Sie vermittelte den Eindruck, dass sich die grenznahe Stadt Karls des Großen ihrer Verantwortung gegenüber den Generationen und den Bürgern verschiedener Herkunft bewusst ist. ESU-Vizepräsidentin Dr. Gabriele Peus-Bispinck, die sich darüber anerkennend äußerte, konnte sich der Unterstützung der über 50 Gäste aus Deutschland, überwiegend aus Nordrhein-Westfalen, sowie aus Belgien sicher sein. Zwei Tage lang hatten sie unter ihrem Vorsitz in der Katholischen Akademie das Leben der Älteren in diversen Euroregionen unter die Lupe genommen.

Das Fazit: Dank vielfältiger Schritte der Kommunen und ehrenamtlich Tätiger – auch in den Seniorenverbänden der ESU – unterscheidet sich der Alltag weder der Älteren noch der Jüngeren wesentlich von dem ihrer Altersgenossen in anderen Regionen dieser Länder: Die Grenzen sind durchlässig und zur Gewohnheit geworden. Und es gibt, etwa zwischen Münster und Enschede (NL), sowie – worauf der Autor dieser Kolumne verwies – zwischen grenznahen Kreisen der Niederlausitz und Polens erfreuliche Zeugnisse gemeinsamen Wirkens über Staatsgrenzen hinweg, die das Bewusstsein für



Dr. Markus Optendrenk MdL freut sich über Aachener Printen – ein Geschenk von Dr. Gabriele Peus-Bispinck.

Europa als Wertegemeinschaft stärken helfen. Von beeindruckendem politischem Engagement ihrer Seniorenverbände berichteten Noella Jakobs (Flämischer Seniorenverband) und Helga Sacher-Ramarks (cdh) – beide Belgien. Rolf Berend, Landesvorsitzender der Senioren-Union Thüringens und ESU-Exekutivkomiteemitglied, tat gut daran, in seiner für Prof. Dr. Wulff gehaltenen Rede an die Wunder von 1990 zu erinnern: Nicht nur, dass sich die Vereinigung beider deutscher Staaten und beider Teile Berlins friedlich vollzogen hat, setze ihn und viele seiner Landsleute noch immer in Erstaunen, sagte er. Ebenso bedeutend sei, dass mit dem 3. Oktober jenes Jahres auch Ostdeutschland, die DDR, über Nacht Mitglied der Europäischen Union wurde. Manche Länder – so Berend – träumten bis heute von diesem Vorzug. An die Entscheidungen dieser Zeit erinnernd, brach Dr. Bernhard Worms, Ehrenvorsitzender der CDU-Senioren-Union, eine Lanze für vertrauensvollen und verlässlichen Umgang der Politiker zum gegenseitigen Vorteil. Mit der ESU-Präsidentin An Hermans, Rolf Berend, der Europaabgeordneten Sabine Verheyen (NRW), dem Landtagsabgeordneten Dr. Martin Optendrenk (NRW) und dem Bezirksvorsitzenden von Aachen der Senioren-Union, Herbert Geller, war er sich einig, dass die Europawahlen in einem Jahr „hohen persönlichen Einsatz von uns allen erfordern“, um der EVP-Familie erneut eine führende Position zu sichern. Auf die Situation der älteren Bürger bezogen, betonte Prof. Dr. Manfred Borutte, dass dem ehrenamtlichen Engagement – auch im Sinne der Solidarität aller Generationen – nach wie vor hohe Bedeutung zukomme.

DAS LEBEN IN SEINER VIELFALT LEBEN

Oslo. Seit 1984 nimmt der Seniorenverband der norwegischen Partei Hoyre Einfluss auf deren Politik zum Wohle der älteren Bevölkerung. Sven Mauritzen, dessen „Task Force“ nach anfänglichem Zögern der Parteiführung den Gründungsbeschluss durchgesetzt hatte, steht inzwischen an der Spitze der „Senior Hoyre“. Dem Verfasser dieser Kolumne war es möglich, am 8. Mai einer Vorstandssitzung beizuwohnen und einen Eindruck vom Engagement der Organisation zu gewinnen. Mit Jon Gunnar Pedersen war der frühere Staatssekretär im Finanzministerium als Redner geladen. An zahlreichen Beispielen wies er nach, wie die Solidarität der Generationen im Alltag funktioniert. Sie sei die Voraussetzung für nachhaltigen Wohlstand in der Gesellschaft. Ganz in diesem Sinne, so der Redner, sei seit 2013 Premierministerin Erna Solberg (Hoyre) tätig, was ihr bis zu 30 Prozent der Wählerstimmen einbrachte. Als Schlüssel der Erfolge gelte kluger Umgang mit den natürlichen Ressourcen eines Landes – in Norwegen: Schifffahrt, Fischerei, Forstwirtschaft, Wasserkraft und Erdölindustrie. Im Mittelpunkt stünden die arbeitenden Menschen mit ihren Erfahrungen und guter Bildung.



Sven Mauritzen war knapp über 40, als er die Gründung des Seniorenbundes initiierte.

Dass gutes Zusammenwirken der Generationen für die Lebensqualität unerlässlich ist, hebt eine Erklärung hervor, die der Vorstand verabschiedete. Sie wendet sich entschieden gegen Regelungen, die sowohl junge als auch ältere Bürger wegen ihres Alters auf dem Arbeitsmarkt diskriminieren. Nach angeregter Diskussion gaben die Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu einem „Weißbuch“ des Parlaments, das Grundlage einer ab 2019 geplanten Reform sein soll. Es ist auf bessere Lebensverhältnisse älterer Bürger in den Kommunen gerichtet und trägt den Titel „Live All Your Life“, was nach Meinung von Sven Mauritzen den Anspruch eines Jeden auf ein Leben in seiner ganzen Vielfalt postuliert. **Texte und Fotos: Ulrich Winz VDPJ**

Wichtige Rechtsfragen für Senioren und Seniorinnen (I):

/ TESTAMENT UND VERMÄCHTNIS: WIE VERERBE ICH *sicher*?

Selbstverständlich beschäftigt sich niemand gerne mit seinem Tod. Die Befassung mit dem Testament ist aber in erster Linie eine Beschäftigung mit dem, was jeder in seinem Leben erreicht hat, und damit, wie das Erreichte in der Zukunft weiterbestehen soll.

Das deutsche Zivilrecht kennt als Gestaltungsmöglichkeiten der sogenannten letztwilligen Verfügung das Testament als Einzeltestament oder gemeinschaftliches Testament und den Erbvertrag.

Testament

Die einfachste Form des Testaments ist das eigenhändig geschriebene Testament. Dieses muss durchgängig selbst und mit der eigenen Handschrift geschrieben sein. Dabei muss der Erblasser das Datum der Errichtung angeben. Bei mehrseitigen Testamenten sollte das Datum auf der jeweiligen Seite wiedergegeben werden. Mehrere Seiten müssen so miteinander verbunden sein, dass sie eine feste Einheit bilden. Das Testament sollte mit „Testament“ oder „Mein letzter Wille“ überschrieben sein und zu Beginn den Erblasser mit seinen persönlichen Angaben: Namen, Geburtsnamen, Geburtsdatum und Geburtsort, bezeichnen. Am Ende ist es zu unterschreiben.

Nach den persönlichen Angaben folgt die sogenannte Erbeinsetzung, die möglichst einfach und klar auszudrücken ist, z.B.: „Als meine Erben setze ich meine 3 Kinder, Katrin A, geborene B, geboren am ..., und meine Söhne Hans B und Christian B zu gleichen Teilen ein.“ Wichtig ist, den Erben auch klar zu bezeichnen wie im vorgenannten Beispiel. Vorsicht! Das im allgemeinen Sprachgebrauch übliche Wort „Vermächtnis“ oder eine Formulierung „Ich vermache meinem Sohn ...“ führen in der Praxis häufig zur Auslegungsbedürftigkeit von Testamenten mit der Folge, dass das eigentlich Gewollte durch Auslegung des Gerichtes und nicht durch eigene Festlegung bestimmt wird. Hintergrund hierfür ist, dass das deutsche Zivilrecht neben der Erbeinsetzung auch die Aussetzung von Vermächtnissen kennt. Die Aussetzung eines Vermächtnisses bedeutet

entgegen dem landläufigen Gebrauch des Wortes aber gerade nicht die Erbeinsetzung. Vielmehr begründet das Vermächtnis nur einen schuldrechtlichen Anspruch des eingesetzten Vermächtnisnehmers an die Erben, ihm einen Vermächtnisgegenstand herauszugeben oder zu verschaffen. Die Aussetzung eines Vermächtnisses setzt daher voraus, dass zunächst eine Erbeinsetzung an einen oder mehrere Erben erfolgt ist.

Vermächtnis

Das Vermächtnis ist ein Instrument, um zum Beispiel einen bestimmten Gegenstand einer benannten Person zukommen zu lassen. Der Nachlass, also die Gesamtheit der Vermögensgegenstände und Forderungen (z.B. Haus, Bankguthaben, Hausrat, Kunstgegenstände, Schmuck), geht ungeteilt an den oder die Erben über. Befindet sich im Nachlass z.B. ein Ölgemälde oder ein Schmuckstück, das eine bestimmte Person erhalten soll, wäre in einem Testament zu formulieren: „Ich setze meinen Sohn A als alleinigen Erben ein. Frau M, geborene N, der besten Freundin meiner Frau, vermache ich das Ölgemälde.“ In diesem Falle ist der Sohn alleiniger Erbe des ungeteilten Nachlasses. Der Sohn ist aber aufgrund des Vermächtnisses verpflichtet, an Frau M das Ölgemälde herauszugeben.

Gemeinschaftliches Testament

Das sogenannte gemeinschaftliche Testament ist eine besondere Form des Testaments nach deutschem Recht. Mit dem gemeinsamen Testament können sich Ehepartner oder eingetragene Lebenspartner gegenseitig als Erben einsetzen mit der Folge, dass der Überlebende der Partner den Erstversterbenden beerbt. Anderen Personen als Ehepartnern und eingetragenen Lebenspartnern steht die

Form des gemeinschaftlichen Testamentes nicht zur Verfügung. Für diese besteht aber die Möglichkeit, einen notariellen Erbvertrag zu schließen.


Berliner Testament

Das Berliner Testament ist eine besondere Form des gemeinschaftlichen Testamentes. Neben der gegenseitigen Erbeinsetzung der Ehe- oder eingetragenen Lebenspartner setzen diese die gemeinsamen Kinder oder Dritte als sogenannte Schlusserven ein. Nach dem Tode des letzten der Partner geht dann der Nachlass auf die Kinder oder Dritten über. Zu beachten ist hierbei, dass ohne eine besondere Öffnungsklausel bzw. ausdrückliche schriftliche und im Testament enthaltene Erlaubnis der Überlebende der Ehe- oder Lebenspartner an die gemeinsame Schlusserbeneinsetzung gebunden ist und kein anderweitiges Testament errichten darf.

Öffentliches oder notarielles Testament

Wer aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht in der Lage ist, ein eigenhändiges Testament zu errichten, kann einen Notar mit der Niederschrift des Testamentes beauftragen.

Erbvertrag

Ein Erbvertrag, in dem die letztwilligen Verfügungen z.B. zwischen Eltern und Kindern oder zwischen nicht eingetragenen Lebenspartnern oder durch den Erblasser mit Dritten getroffen werden, bedarf stets der notariellen Form, um wirksam zu sein. 

Die Autorin: Rechtsanwältin Susanne R. Wellmann LL.M., Bad Honnef, ist spezialisiert auf Erbschafts- und Erbschaftssteuerrecht.



Rolf Berend während seiner engagiert vorgetragenen Rede. Im Präsidium v.l.n.r.: ESU-Präsidentin Prof. An Hermans, Aachens Bezirksvorsitzender Herbert Geller, ESU-Generalsekretär Guido Dumon.

Traumkreuzfahrt von Sydney bis Auckland Australien & Neuseeland

19-tägige Reise inkl. Flug

ab **4.299,-**

Preis in € p. P./2er Kabine/DZ



- ✓ 12 Nächte mit dem Premium-Kreuzfahrtschiff Majestic Princess
- ✓ Je 2 Nächte Vor- & Nachprogramm in guten 4* Hotels in Sydney & Auckland
- ✓ Termin zur Top-Reisezeit
- ✓ Lange Liegezeiten für ausgiebige Erkundungen
- ✓ Unser Tipp: Exklusives TOUR VITAL Ausflugspaket während der Kreuzfahrt



Eine unvergessliche Reise ans andere Ende der Welt: Entdecken Sie das Land der Kängurus sowie die traumhaften Landschaften Neuseelands gepaart mit der lebendigen Kultur der Maori.

Ihr Premium-Kreuzfahrtschiff: Die „Majestic Princess“ bietet einen Sportplatz, Joggingbahn, Fitnessbereich, zahlreiche Bars, einen Spa-Bereich sowie diverse Pools. Um Ihr leibliches Wohl kümmert sich eine Vielzahl von Köchen in den zahlreichen Restaurants und Bars. Show Lounges, das Princess Theater sowie das Außenkino sorgen für abendliche Unterhaltung. Die Innenkabinen (ca. 15-16 qm) sind mit Dusche/WC, Klimaanlage, TV, Safe, Minikühlschrank, Fön und 2 unteren Betten ausgestattet. Die Balkonkabinen (ca. 20-25 qm, z.T. eingeschränkter Sicht) bieten außerdem einen privaten Balkon.



Ihr Reiseverlauf:

Tag	Reiseverlauf	Ankunft	Abfahrt
1. Tag	Flug von Deutschland nach Sydney.		
2.-3. Tag	Sydney (Australien). Ankunft, Empfang und Transfer zum Hotel. Optionaler Tagesausflug an Tag 3.		
4. Tag	Sydney (Australien). Stadtrundfahrt, Transfer zum Hafen und Einschiffung.	-	18:30
5. Tag	Erholung auf See	-	-
6. Tag	Melbourne (Australien). Optionales TOUR VITAL Ausflugspaket.	08:00	18:00
7. Tag	Erholung auf See	-	-
8. Tag	Hobart (Tasmanien, Australien). Optionales TOUR VITAL Ausflugspaket.	08:00	18:00
9.-10. Tag	Erholung auf See	-	-
11. Tag	Fiordland Nationalpark (auf See)	07:00	16:00
12. Tag	Dunedin (Neuseeland). Optionales TOUR VITAL Ausflugspaket.	08:00	18:00
13. Tag	Akaroa (Neuseeland)*. Optionales TOUR VITAL Ausflugspaket.	08:00	18:00
14. Tag	Erholung auf See	-	-
15. Tag	Tauranga (Neuseeland). Optionales TOUR VITAL Ausflugspaket.	04:30	16:00
16. Tag	Auckland (Neuseeland). Stadtrundfahrt und Transfer zum Hotel. Restlicher Tag zur freien Verfügung.	07:00	-
17. Tag	Auckland (Neuseeland). Optionaler Tagesausflug.	-	-
18. Tag	Auckland (Neuseeland). Transfer zum Flughafen und Rückflug.		
19. Tag	Ankunft in Deutschland.		

Routenänderungen vorbehalten. *Tenderhafen.



Inklusivleistungen pro Person:

- ✓ Linienflug mit Singapore Airlines ab/an Frankfurt nach Sydney via Singapur und zurück ab Auckland via Singapur (Economy-Class)
- ✓ Zug zum Flughafen
- ✓ 2x Übernachtung im DZ mit Frühstück im zentral gelegenen 4* Vibe Hotel Sydney Goulburn Street in Sydney
- ✓ Halbtägige Stadtrundfahrt in Sydney (Tag 4)
- ✓ 12 Nächte Kreuzfahrt mit der Majestic Princess in der gebuchten Kabinenkategorie
- ✓ Täglich Vollpension an Bord inkl. Frühstück, Mittag-, Abendessen, Nachmittagskaffee & Mitternachtssnack sowie Filterkaffee, Tee, Wasser & Eistee im Buffetrestaurant
- ✓ Trinkgelder an Bord
- ✓ Veranstaltungen und Unterhaltungsprogramm an Bord
- ✓ Nutzung der meisten Bordeinrichtungen
- ✓ Deutschsprachige Bordbetreuung
- ✓ Transfers im klimatisierten Reisebus gemäß Reiseverlauf
- ✓ 2x Übernachtung im DZ mit Frühstück im 4* Hotel Auckland City Hotel
- ✓ Halbtägige Stadtrundfahrt in Auckland (Tag 16)
- ✓ Qualifizierte, deutschsprachige, lokal wechselnde TOUR VITAL Reiseleitung während des Vor- und Nachprogramms

Termine & Preise 2019 pro Person/2er Kabine/DZ in €

Abflughafen: Frankfurt
Reisecode: Z4502AA

Reisetermin/Kabinenkategorie	15.02.-05.03.
2er Innen	4.299,-
2er Balkon mit Sichtbehinderung	4.899,-
2er Balkon	5.099,-

Kabinenbezeichnung der Reederei. Die Kabinenverteilung obliegt der Reederei.
Wunschleistungen pro Person: Einzelzimmer-/kabinenzuschlag (auf Anfrage) Innen ab 1.649,- €, Balkon mit Sichtbehinderung ab 2.249,- €, Balkon ab 2.349,- €. Exkl. TOUR VITAL Ausflugspakete ab 181,- € buchbar. **Nicht im Reisepreis enthalten:** Landausflüge, persönliche Ausgaben **Empfehlungen:** Trinkgelder für örtliche Reiseleiter (Vor- und Nachprogramm) etc. ca. 4-5,- € pro Person/pro Tag (optional). Garantierte Durchführung ab 4 Personen. **Hinweis:** Hotelklassifizierung nach Landeskategorie. Die Kabinenverteilung obliegt der Reederei. Hotel-, Schiffs- und Freizeiteinrichtungen teilweise gegen Gebühr. Die Bordsprache ist Englisch.

Beratung & Buchung:

0221-222 89 500

Täglich 8 - 22 Uhr

Kennziffer 20.871

Bitte bei Buchung angeben

www.tourvital.de/union

Für noch mehr Reiseträume
fordern Sie kostenlos
unsere Kataloge an.

TOURVITAL
Reisen für die schönste Zeit des Lebens.